

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien**

58. Sitzung  
30. September 2020

Beginn: 9.03 Uhr  
Schluss: 12.11 Uhr  
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Fragen auf Europa- und Bundsrats-/ Länderebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aufnahme Geflüchteter aus Moria in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0161](#)  
EuroBundMed

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung – neu –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Potenziale zur stärkeren Verzahnung der  
Zusammenarbeit der Regierungen und Parlamente  
von Berlin und Brandenburg**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0160](#)  
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

verbunden mit

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

Vorlage – zur Kenntnisnahme –  
Drucksache 18/2844  
**Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion**

[0159](#)  
EuroBundMed

Das ist verbunden mit einer Anhörung, und dazu begrüße ich – nicht hier im Saal, sondern über das Internet – Frau Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski aus Steglitz-Zehlendorf und Herrn Bezirksbürgermeister Benn aus Pankow. Ich hoffe, dass die beiden uns hier hören können. – Das sieht gut aus. Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen und freue mich, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen und mit uns diskutieren wollen. Ich hatte es eingangs schon gesagt: Wir hatten versucht, aus Brandenburg Frau Schneider aus der Staatskanzlei, Herrn Stohn, den Vorsitzenden des Hauptausschusses, und den Vorsitzenden des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg einzuladen. Das hat aufgrund der knappen Zeit – zwei Wochen Vorlauf sind da zu wenig gewesen – nicht funktioniert. Insofern würde ich vorschlagen – und bitte Sie, darüber schon mal nachzudenken –, dass wir das heute als Auftakt zum Thema nehmen und erst mal eine Innerberliner Debatte mit der Bezirksbürgermeisterin, dem Bezirksbürgermeister und dem Senat führen und dann einen neuen Anlauf nehmen und vielleicht im Zeitraum Dezember, Januar versuchen, eine gemeinsame Veranstaltung mit Brandenburger Beteiligung hinzubekommen. Das können wir nachher in der Sprecher- und Sprecherinnenrunde noch im Detail besprechen.

Vom Ablauf her würde ich es so machen, dass wir erst eine kurze Begründung zum Tagesordnungspunkt 4 und ggf. auch 6 hören, vielleicht kann man das in einem machen. Dann bitten wir Frau Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski und Herrn Bezirksbürgermeister Benn, uns in der Größenordnung von fünf bis zehn Minuten aus ihrer Sicht aus der Praxis der Zusammenarbeit Berlin-Brandenburg zu berichten, und dann bitten wir den Senat, das zu kommentieren und vielleicht auf dieses Papier einzugehen und uns diesen strategischen Handlungsrahmen vorzustellen. Das ist ja erst mal ein Entwurf. Dann kommen wir in die Debatte unter den Abgeordneten, und dann gucken wir auf die Uhr, wie spät es ist. Danach behandeln wir den weiteren Punkt zum Regionalrat, aber das ist ein neuer Besprechungspunkt. Auch dazu haben wir jemanden anzuhören. – Genug der Vorrede! Ich würde jetzt um die Begründung bitten. Der Kollege Zimmermann hatte sich für die SPD-Fraktion dazu gemeldet. – Sie haben das Wort.

**Frank Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann nahtlos anknüpfen an Ihre Einleitung. Im Grunde ergibt sich daraus die Begründung, dass wir an verschiedenen Punkten erneut und verstärkt über die Kooperation mit Brandenburg nachdenken müssen und das auch tun. Der Senat hat eine Vorlage gemacht, die wir hier zur Kenntnis nehmen und heute beraten. Es gibt außerhalb des Parlaments Aktivitäten von Stiftungen und Ähnliches, und es macht Sinn, dass wir in diesem Ausschuss einmal das zusammenführen, was für Überlegungen es von Berliner Seite für die Weiterentwicklung im Zusammenwirken mit Brandenburg gibt, um dann auch zu gucken: Wo macht es Sinn, eventuell auch auf parlamentarischer Ebene die Kooperation zu verstärken? Wo das möglich ist, werden wir dann sehen. Diesem Update dient der Tagesordnungspunkt heute. – Danke schön!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank für die Begründung! – Ich soll noch feststellen, dass wir ein Wortprotokoll machen. Das ist üblich bei Anhörungen. – Insofern sehe ich Einverständnis im Raum. Ich würde jetzt zu Ihnen kommen. Wir fangen vielleicht mit Frau Richter-Kotowski an. – Sie haben fünf bis zehn Minuten für ein einführendes Statement. Es kann losgehen.

**Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski (BA Steglitz-Zehlendorf)** [zugeschaltet]: Herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Tagesordnungspunkt! Es ist etwas, was mir nicht nur persönlich, sondern auch für Steglitz-Zehlendorf ganz besonders am Herzen liegt. Gerade 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist es eines der wesentlichen und wichtigen Themen hier bei uns in der Region, und ich spreche gerne von der Region, weil man sonst, wenn man im Berliner Abgeordnetenhaus Debatten hört, gern sagt, Steglitz-Zehlendorf würde am Rand von Berlin liegen. Ich sage immer, wir liegen mittendrin. Ich will es kurz begründen, weil es sehr viele Anknüpfungspunkte gibt, die jetzt schon existieren.

Dazu gehört zum Beispiel das Weltkulturerbe Glienicke, das schon jetzt über die Landesgrenzen hinweg existiert und damit zeigt, wie eng Berlin und Brandenburg 30 Jahre nach der deutschen Einheit zusammengewachsen sind. Wir hatten eine große Veranstaltung zusammen mit dem Ministerpräsidenten von Brandenburg am 10. November auf der Glienicker Brücke, wo mir noch einmal klargeworden ist, dass wir hier dringend weitere Schritte unternehmen müssen, um die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg zu verstärken, aber eben auch gerade hier in der Kommune eine bessere Abstimmung zu erreichen.

Ich will zwei Bereiche nennen. Ich denke, mein Kollege Benn wird das auch noch einmal hervorheben. Es gibt ja die kommunalen Nachbarschaftsforen, vier an der Zahl, also Ost, West, Nord, Süd. Wir sind hier organisiert in kommunalen Nachbarschaftsforum Süd. Allerdings ist es so, dass man in diesem Forum zwar miteinander reden, aber nicht miteinander entscheiden kann, sondern das können dann jeweils immer nur die Länder Berlin und Brandenburg. Deswegen gibt es ein weiteres Forum, wo diese Foren wiederum zusammengefasst werden über ihre Sprecher – eine relativ komplizierte Konstruktion und nicht immer zielführend. Das heißt, dann, wenn es wirklich drauf ankommt, müssen die entsprechenden Landesregierungen die Verabredungen treffen, und das ist bei Verkehrsthemen, bei Verbindungen von Fahrradwegen, Straßen und Ähnlichem, doch ein sehr aufwendiger Weg.

Deswegen haben sich die kommunalen Nachbarschaftsforen auf den Weg gemacht und sich jetzt als Vereine gegründet. Das wird vom Senat und der Landesregierung Brandenburg auch unterstützt. Dann sind wir jetzt kurz davor – also den Verein gibt es schon –, die entsprechenden Vereinbarungen zu schließen. Auch Steglitz-Zehlendorf ist mit dabei, und ich hoffe, dass wir auf diese Art und Weise eine Möglichkeit schaffen, schnelle und effektive Vereinbarungen miteinander zu treffen.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen, wo es noch komplizierter wird: Das ist eine Fahrrad- und Fußgängerbrücke, die zwischen Steglitz-Zehlendorf und Teltow seit 30 Jahren in der Überlegung ist. Aber es sind eben nicht nur Steglitz-Zehlendorf und Berlin, sondern auch Teltow und Brandenburg, und darüber hinaus, weil es eine Bundeswasserstraße ist, ist auch noch der Bund beteiligt. Das ist so kompliziert, dass diese Brücke nach wie vor nicht da ist. Ich glaube, dass solche Beispiele zeigen, wie man auch bei kleinen Themen effektiver und einfacher zusammenarbeiten könnte, und das würde ich mir wünschen, wenn das seitens des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats eine dringende Erkenntnis ist, denn es sind ja nicht nur Steglitz-Zehlendorf, Kleinmachnow, Teltow, Stahnsdorf und Potsdam betroffen, sondern mein Kollege Benn hat die anderen Umlandgemeinden. Ich glaube, dass heutzutage die Menschen gar nicht mehr wissen, ob sie noch in Steglitz-Zehlendorf oder schon in Kleinmachnow sind, und das ist auch gut so.

Deswegen meine ich, dass wir jetzt diesen Weg gehen sollten, die Entscheidungen dann auch dort an der Basis treffen zu lassen und sie die entsprechenden Verabredungen treffen zu lassen und nicht den großen Umweg über die Berliner Landesregierung, das Abgeordnetenhaus und Brandenburg gehen zu müssen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Frau Richter-Kotowski! – Wir machen gleich weiter mit Herrn Bezirksbürgermeister Benn aus Pankow. – Sie haben das Wort!

**Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow)** [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nicht wiederholen, was Frau Richter-Kotowski schon gesagt hat. Die kommunalen Nachbarschaftsforen sind das Hauptaktionsfeld, auf dem wir interkommunale Zusammenarbeit leben. Die sind aber natürlich von ihrer Bedeutung und ihrer Entscheidungskompetenz her eingeschränkt. Es gibt – ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist – jetzt eine Wohnungsbaupotenzialstudie mit einem Endbericht von September 2020 für die Umlandgemeinden mit einer Gesamtbetrachtung für Berlin, wo auch etliche Handlungsempfehlungen abgeleitet wurden. Eine Handlungsempfehlung ist, Achsenentwicklungskonzepte zu machen, die sich an dem Sternkonzept orientieren, das es ja schon gibt. Wir haben bisher das KNF-Nord-Ost und Ahrensfelde-Werneuchen. Da gibt es jetzt Vorstudien zu diesen Achsenentwicklungskonzepten. Die müssen weitergeführt werden, weil die natürlich noch mal ins Detail gehen und sich Verkehr, Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur, Grün und Freiräume alles zusammen denken. Mit dieser Detailplanung von Achsenentwicklungskonzepten müssen wir fortfahren.

Uns beschäftigt auch die Frage, wie wir den „kleinen Grenzverkehr“, sage ich jetzt mal, zwischen den Berliner Bezirken und den umliegenden Kommunen ausgestalten können, weil wir nun mal den Fakt haben, dass unser Planungsauftrag an bezirklichen Grenzen endet, genau wie die Planungsaufträge von Umlandgemeinden an deren Grenzen enden. Das führt dazu, dass die vielen inzwischen in 30 Jahren gewachsenen Wegeverbindungen, die sich Bürgerin-

nen und Bürger teilweise selber geschaffen haben, die teilweise unbefestigte Straßen, gar nicht weiter effektiv bearbeitet werden können. Wir könnten viel stärker in die beiden Räume hinein diffundieren, wenn wir bessere Instrumente in der Hand hätten zwischen einzelnen Gemeinden im Umland und den Bezirken, um dort eigenständig voranzukommen und lokale Verkehrsströme besser ableiten zu können, sodass nicht immer nur die Hauptverkehrsachsen belastet werden, sondern tatsächlich die Bevölkerung diffundieren kann über die Grenzen hinweg. Das wäre hilfreich in der Entwicklung.

Ich will mich im Wesentlichen auf das Verkehrsthema beschränken. Zum einen haben wir – heute wieder in der Presse – festgestellt, dass wir einen VBB haben, also wir haben ein funktionierendes System im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, sodass aus meiner Sicht die Frage zu stellen ist: Was ist eigentlich neben dem bekannten Auftrag, den der VBB hat, der Sinn und Zweck eines solchen Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg über die Frage von Tarifabbildungen und Tarifverhandlungen hinaus? Aus meiner Sicht – und da ist Berlin und sind die Bezirke betroffen – fehlt eine Zusammenschau der Verkehrsplanungen in Berlin und Brandenburg, in die Region unter Beachtung der Siedlungsentwicklung. Da ist i2030 ist ein Anfang, aber sicherlich lange nicht das Ende. Wir haben beispielsweise in Brandenburg – das betrifft dann auch Berlin – fehlende Tangentialverbindungen, also zwischen den Räumen, sodass die Leute alle reinfahren nach Berlin und wieder rausfahren aus Berlin, um in der Tangentiale Ziele anzusteuern. Da haben wir ein Problem. Die Frage, die man mal effektiv bewegen muss, ist, ob man perspektivisch bei dem, was man im Siedlungsraum entwickeln will, so etwas wie einen zweiten ÖPNV-Ring um Berlin etabliert, es muss ja nicht S-Bahn sein, es kann auch Schwebebahn sein oder was auch immer, was an Verkehrswegen heutzutage denkbar ist. Das ist ein Thema, das aus unserer Sicht bewegt werden sollte.

Die ganze Frage der Tarifentwicklung, also der ABC-Tarifentwicklung: Die Struktur halte ich nicht mehr für zeitgemäß für die Menschen, die aus Brandenburg nach Berlin reinkommen. Ich glaube, wir brauchen einen Berlin-Brandenburger Gesamttarif, damit diese Tarifbarriere abgebaut wird. Wenn man möchte, dass die Menschen auf den ÖPNV umsteigen, dann muss man den eben so attraktiv und barrierearm wie möglich machen, auch finanziell und von der Tarifstruktur her.

Ein letztes Thema, das ich im ersten Aufschlag nennen will, ist die Frage der Regelbarkeit der Wirtschaftskreisläufe. Auch hier haben wir, glaube ich, noch lange nicht das Potenzial gehoben, das wir als Berlin und Brandenburg haben. Teilweise kann Brandenburg gar nicht die Nachfrage befriedigen, die wir in Berlin haben, zum Beispiel bei Biogemüse und Bioobst usw. usf. Auf der anderen Seite gehen viele Produkte aus Brandenburg, die wir in Berlin eigentlich brauchen, ganz woanders hin. Vielleicht brauchen wir dazu die Einpreisung der CO<sub>2</sub>-Bilanz bei Produkten. Jedenfalls ist das Thema regionale Wirtschaftskreisläufe in den Bereichen Ernährung, Energie und Tourismus ein Potenzialthema, wo ich im Moment nicht sehe, wer das ausschöpfen will.

Was mir zumindest unklar ist, ist die Rolle der unterschiedlichen Planwerke, die es ja schon gibt. Es gibt ja den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion. Es gibt das Sternkonzept. Es gibt den strategischen Gesamtrahmen, der entwickelt werden soll. Es gibt i2030. Mit welchem Bezug aufeinander sind diese Planwerke eigentlich erstellt worden? Wo wird eine Art Maßnahmenkonzept erkennbar werden, das dann finanziell untersetzt ist vom Bund, von den Ländern und von den Kommunen, um die Entwicklung hier effektiv voranzubringen?

Letzter Schlenker: Wir stellen immer wieder fest, dass aus den Umlandgemeinden nach wie vor wahnsinnig viele Menschen für sich entscheiden, dass das Auto für sie die effektivste Mobilitätsvariante ist. Wenn wir wollen, dass die Menschen auf den ÖPNV umsteigen, müssen wir nicht nur die Regionalbahn- und S-Bahnverkehre ausweiten, sondern auch zwischen Berlin und Brandenburg darüber ins Gespräch kommen, wie die Zubringerverkehre in den Brandenburger Landkreisen, also die Busverkehre in der Hauptsache, so ausgestaltet werden können, dass die Leute nicht mehr für sich entscheiden, dass sie mit dem Auto nach Berlin reinfahren, sondern attraktiv an die Knotenpunkte außerhalb von Berlin herangeführt werden können. – So weit für's Erste!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Benn! – Wir würden es so machen, dass wir zunächst dem Senat das Wort geben und Sie das Gehörte kommentieren und insbesondere schon etwas zur Vorlage – zur Kenntnisnahme – sagen. Die ist ja sehr interessant. Das ist die Drucksache 18/2844 – Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion. Das sage ich noch mal für die Leute, die uns hier von Ferne zuhören oder zusehen. Das können Sie in der Parlamentsdokumentation finden. – Bitte schön, Herr Staatssekretär Gaebler!

**Staatssekretär Christian Gaebler (CdS):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde jetzt weniger die Beiträge der Bezirksbürgermeisterin und des Bezirksbürgermeisters kommentieren wollen – das ist ja für Sie als Anhörung gedacht, damit Sie als Abgeordnete Fragen stellen und sich damit auseinandersetzen können. Wir sind ja da durchaus in Gesprächen auf den verschiedenen Ebenen, auch mit den Bezirken. Es gibt natürlich unterschiedliche Perspektiven, aber insgesamt das gemeinsame Interesse, dass die Zusammenarbeit landes- und stadtgrenzenübergreifend zusammengeführt wird.

Wir haben allerdings das Problem: Wir haben in Berlin eine zweistufige Verwaltung mit einer Einheitsgemeinde und einer etwas komplexen Aufteilung der Zuständigkeiten. Wir haben in Brandenburg eine dreistufige Verwaltung, was die Sache auch nicht übersichtlicher und einfacher macht. Wir müssen auch immer sehen, dass die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung auf die kommunale Ebene begrenzt sind, in Brandenburg vielleicht noch mehr als in Berlin, wobei in Berlin natürlich die Begeisterung immer nicht so groß ist, wenn die Landesregierung auf die kommunalen Ebenen durchgreift. Deshalb ist es richtig, dass hier heute auch die Bezirke über ihre Erfahrungen aus der direkten Zusammenarbeit mit den Kommunen sprechen, da wir das am Ende zusammenbringen müssen. Ich will darauf hinweisen, dass Berlin und Brandenburg auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind und auf den verschiedenen Ebenen eng zusammenarbeiten. Das ist ja auch eben in den Beiträgen der Bezirksbürgermeisterin und des Bezirksbürgermeisters zum Ausdruck gekommen. Insgesamt ist die Zusammenarbeit beider Länder in dieser Form bundesweit einmalig, auch wenn immer gerne auf andere Regionen verwiesen wird, die das angeblich viel besser oder ganz anders machen. Aber das diskutieren wir ja unter Tagesordnungspunkt 5.

Wir haben relativ viele gemeinsame Institutionen. Das wird vielleicht gar nicht immer so deutlich, weil es schon so selbstverständlich geworden ist. Ein herausgehobenes Beispiel ist der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg. Es ist bundesweit der einzige Verkehrsverbund, der zwei Länder komplett umfasst und von zwei Ländern intensiv mitgestaltet wird und der übrigens auch genau diese landesgrenzenüberschreitenden Verkehre und die Frage Zubringer usw. organisieren soll. Das ist nicht ganz so einfach, weil die Aufgabenträgerschaft in Brandenburg bei den Landkreisen und in Berlin beim Senat liegt, also die Bestelleistungen für den

ÖPNV auf unterschiedlichen Ebenen erstellt werden. Das ist nicht ganz einfach zusammenzubringen.

Wir haben gerade im Medien- und Filmbereich eine enge Zusammenarbeit. Ich nenne nur die drei Stichworte RBB, MBB, MABB, wo man schon sieht: Da haben wir tatsächlich sehr viel, wo Berlin und Brandenburg schon präsent sind. Wir haben im Bereich der Stadt- und Regionalplanung auch eine einmalige Institution, nämlich die gemeinsame Landesplanung. Das ist eine Abteilung, die sowohl der Berliner Landesregierung als auch der brandenburgischen Landesregierung untersteht mit einer gemeinsamen Führung, die genau diese Sachen, die Herr Bürgermeister Benn eben ansprach, nämlich diese Regionalplanungsinstrumente, sortiert. Ich will jetzt gar nicht vertieft darauf eingehen, sondern würde empfehlen, das im Stadtentwicklungsausschuss vertieft zu erörtern. Das würde jetzt hier, glaube ich, den Rahmen sprengen.

Ich komme jetzt zu dem strategischen Gesamtrahmen, der für Sie als Vorlage – zur Kenntnisnahme – vorliegt. Wir sind da inzwischen auch insofern einen Schritt weiter, als vorgestern der Lenkungskreis zum strategischen Gesamtrahmen das erste Mal getagt hat. Da sitzen Staatssekretäre und Staatssekretärinnen aus allen Verwaltungen der Berliner und der brandenburgischen Landesregierung zusammen. Wir haben dort neben dem allgemein-strategischen Gesamtrahmen, der Ihnen ja zugegangen ist, auch über die konkrete Vorhabenliste gesprochen und darüber, wie die Handlungsfelder an der Stelle untersetzt werden. Ich will die Handlungsfelder noch mal kurz nennen: Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt, Mobilität, Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz, ehrenamtliches Engagement, Medien und Demokratieförderung, natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität – hier ist insbesondere Gesundheit, soziale und grüne Infrastruktur drin, aber auch Wasserver- und -entsorgung sowie Kriminalitätsbekämpfung –, digitale Transformation, Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung und die Themen Weltoffenheit, internationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Polen. Es war nicht ganz so einfach, die verschiedenen Themen einigermaßen griffig zusammenzufassen. Deswegen kann man sicherlich darüber diskutieren, ob man das noch hätte anders machen können, aber irgendwie muss es ja auf den Weg gebracht werden, und es wird jetzt mit konkreten Maßnahmen untersetzt.

Es soll dazu vier Workshops geben, also Veranstaltungen, wo insbesondere mit Verbänden und NGOs diskutiert wird. Die werden über die Länder verteilt stattfinden, einer in Berlin, einer in Eberswalde, einer in Cottbus und eine in Frankfurt/Oder, jeweils zwei Handlungsfelder zusammenfassend. Für Berlin sind das die Handlungsfelder Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz, und das Zweite war Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt. Wir können Ihnen gern auch – ich weiß nicht, ob wir Ihnen das schon übermittelt haben – im Nachgang übermitteln, wie an der Stelle die Planungen sind. Es wird auch eine gesonderte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als partizipatives Element geben. Es ist noch in der Schlussabstimmung, wie das genau funktioniert. Gestern hat der Lenkungskreis diese Vorhabenliste auf den Weg gebracht.

Von der Zeitplanung her ist vorgesehen, dass wir im ersten Quartal 2021 die Ergebnisse dieser Workshops zu den verschiedenen Handlungsfeldern und Vorhaben zusammengefasst haben, dass sich dieser Lenkungskreis dann noch mal damit befasst und das für eine gemeinsame Kabinettsitzung der beiden Landesregierungen aufbereitet wird und konkrete Entscheidungen daraus erwachsen. Es geht auch nicht nur um Vorhaben, sondern auch um Instrumente, wie die Landesregierung sich dort noch besser aufstellen kann und wie man vor allen Din-



gen den Prozess transparenter und nachvollziehbarer machen kann, was an der Stelle schon alles passiert und wer die Ansprechpartner sind. Das werden wir ja vermutlich noch vertieft unter TOP 5 diskutieren. Aber hier ist von den Landesregierungen durchaus als Verbesserungspotenzial erkannt worden, dass klarer sein muss: Wer kümmert sich um was? Was läuft schon alles? Wo können sich entweder Bürgerinnen und Bürger oder auch Kommunen mit gemeinsamen Ideen einbringen?

Auch die Hinweise der Bezirksbürgermeisterin und des Bezirksbürgermeisters zu fragen: Was kann auf der kommunalen Ebene auch allein vorangetrieben werden? – sind ein wichtiger Punkt. Generell gibt es ja die Möglichkeiten, aber wir müssen den Rahmen so klar setzen, dass die Bezirke auch agieren können. Das werden wir auch noch mal mit den Kolleginnen und Kollegen in Brandenburg besprechen. Wir müssen auch gucken, dass wir uns nicht immer nur über Formen unterhalten, sondern tatsächlich die Verbindungen nutzen, die es gibt. Ich will das am Beispiel meiner Kollegin Ministerin und Chefin der Staatskanzlei Kathrin Schneider und meiner Person deutlich machen, da wir seit inzwischen zwölf Jahren eng zusammenarbeiten. Angefangen hat es damit, dass sie Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg war und ich Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und wir uns über die Verkehrsthemen dort ausgetauscht haben. Wie man sieht, hat die Zusammenarbeit bis heute dazu geführt, dass wir jetzt die Gesamtkoordination für die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg abstimmen. Es hat sich immer gezeigt, dass dieser direkte Draht und der gemeinsame Wille, tatsächlich etwas voranzubringen für die beiden Länder und sich durchaus auch aufeinander einzulassen und nicht immer nur die eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen, das ist, worauf es ankommt, und daran können und müssen alle Beteiligten auf allen Ebenen, sowohl in den Landesregierungen als auch in den Parlamenten als auch vor Ort in den Kommunen, mitwirken. Wir sehen, dass viele Verbände inzwischen den Weg gegangen sind – Gewerkschaften, Unternehmerverbände –, Berlin-Brandenburg gemeinsam zu denken und sich dort zusammenzuschließen. Für Berlin und Brandenburg hat es nicht geklappt mit der Länderfusion, aber wir können sehr viel in einer Kooperation beider Landesregierungen und der kommunalen Ebenen vorantreiben. Dafür soll der strategische Gesamtplan einen inhaltlichen Rahmen bieten, in den sich das einbringen kann, und die organisatorischen Dinge, die dazu erforderlich sind, werden wir in den Prozess auch miteinbringen. – So viel erst mal von mir. Vielen Dank!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär Gaebler! – Jetzt eröffnen wir die Redeliste, und darauf steht zuerst die Kollegin Brychcy für die Fraktion Die Linke. – Bitte schön!

**Franziska Brychcy (LINKE):** Vielen Dank für die interessanten Einblicke der Anzuhörenden und des Senats! Ich würde gern doch noch mal über die Instrumente oder die Foren sprechen, wo aktuell Zusammenarbeit stattfindet. Es ist richtig, dass wir heute eine Bezirksbürgermeisterin und einen Bezirksbürgermeister da haben, die uns berichtet haben, welche Foren es gibt. Ich möchte fragen, was in dem kommunalen Nachbarschaftsforum schon stattgefunden hat, denn hier soll ja die Regionalplanung in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern vorangetrieben werden. Die Frage ist: Wie entwickelt sich dieses Forum, und welche Rolle spielt da der Senat? Es ist klar, in den unterschiedlichen Politikbereichen gibt es ganz unterschiedliche Kompetenzen. Ich würde mich gern auf die beiden Bereiche Wohnungsbauplanung und Verkehr konzentrieren und da dezidiert nachfragen.

Zum Punkt Verkehr – das hat auch Frau Richter-Kotowski schon angesprochen – gab es letz- tens eine interessante Veranstaltung zur Stammbahn, wo zum Beispiel auch der Bürgermeister von Kleinmachnow anwesend war. Mir schien, dass die Zusammenarbeit und auch die Inte- ressenlage dort sehr ähnlich ist oder dass man zumindest zu gemeinsamen Punkten kommt. Herr Benn hat sich ja sehr kritisch geäußert und gesagt, dass Tangentialverbindungen fehlen, dass das die aktuelle Situation ist. Da stellt sich natürlich die Frage: Reichen die Foren, die wir bis jetzt haben, die Planungen, die wir dort aktuell auf Landesebene haben, aus, oder wie konnte es geschehen, dass dort im Moment große Achsen fehlen? Wie kommen wir dazu, dass das schnell geplant werden kann in der gemeinsamen Landesplanung?

i2030 hatten wir, glaube ich, vorletztes Mal hier im Ausschuss auch, wo auch dargestellt wur- de, wie weit zumindest auf Bundesebene seitens der Bahn geplant wird. Ich hatte den Ein- druck, dass das schon sehr integriert geplant wird für die gesamte Region oder auch für den gesamten Bund und frage mich, wie wir den VBB, wenn dort auch diese Zusammenschau der Kreise usw. stattfindet, verstärken können und welche Instrumente oder Planungsabläufe feh- len, um das noch besser zu gestalten.

Dann wollte ich noch kurz zum Punkt Wohnen kommen, wo Herr Benn ja ansprach, dass in diesem Nordverbund die Wohnungsbaupotenzialstudie bereits vorliegt und man dann auch gemeinsam planen könnte. Es gibt ja den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion, es gibt die gemeinsame Landesplanung. Mich interessiert die Einschätzung, ob dort die richtigen Schritte gegangen werden, ob diese Instrumente ausreichen. Herr Gaebler sagte gerade, alles gut, auf der Seite der Exekutive klappt die Zusammenarbeit hervorragend, und wir können uns dort eng abstimmen. Aber richtig ist ja, dass die Bezirke oder die Gemeinden die Pla- nungshoheit beim Wohnungsbau haben und sich eng abstimmen müssen, um dann auch die entsprechenden B-Pläne aufstellen zu können. Da das eine andere Ebene ist, möchte ich nach- fragen, wie die Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterinnen die Zusammenarbeit bezüglich des Wohnungsbaus sehen und ob es dort Verbesserungsvorschläge gibt.

Wenn wir jetzt insgesamt darüber reden, haben wir sehr viel über die Exekutive geredet. Es gibt den gemeinsamen Lenkungskreis, es gibt die gemeinsame Sitzung der Landesregierun- gen. Was ein bisschen offen ist, ist, ob wir selber als Parlament gemeinsame Sitzungen von Berlin und Brandenburg dann auch verbindlich in den Fachausschüssen planen werden. Zum Beispiel im Wissenschaftsausschuss haben wir gemeinsam getagt, im Bildungsausschuss auch, aber nicht in dieser Regelmäßigkeit. Das ist ein Punkt, über den wir noch mal sprechen und überlegen sollten, wie wir die gemeinsamen Tagungen hier verbindlich gestalten können. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch hier im EuroBundMedien-Ausschuss mit dem Hauptausschuss in Brandenburg mal eine gemeinsame Sitzung machen und das verstetigen können. – Danke!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Jetzt ist der Kollege Zimmermann für die Frak- tion der SPD dran. – Bitte schön!

**Frank Zimmermann (SPD):** Vielen Dank! – Gemeinsame Tagungen – sicherlich bei Bedarf. Ob eine Regelmäßigkeit herzustellen ist, wird man sehen. Es gab ja in den vergangenen Wahlperioden auch immer mal Versuche. Da darf man sich, glaube ich, nicht allzu viele Illu- sionen machen. Aber dass wir bedarfs- und inhaltsbezogen mit den entsprechenden Ausschüs- sen des Brandenburger Landtags zusammenkommen, das würden auch wir sehr begrüßen.

Ich finde es vielversprechend, dass Senat und Landesregierung mit dem Lenkungskreis, mit den Workshops und mit der Verabredung, etwas zu erarbeiten, um in einer gemeinsamen Kabinettsitzung möglichst auch konkretere Vorhaben beschließen zu können, einen sehr guten Weg beschritten haben, und das sollten wir hier weiter begleiten. Ich habe inhaltlich eigentlich nur die Frage oder das Thema: Bei all den verschiedenen Initiativen, die nötig sind – wie kann man erreichen, dass die Leute praktisch erfahren, dass die Zusammenarbeit für sie eine Verbesserung bringt? Es geht um die praktische, lebensnahe Erfahrbarkeit von solchen Maßnahmen, sowohl was Planungen und deren Folgen als auch die Umsetzung anbetrifft. Ich bin sicher, dass dieser Gedanke immer eine Rolle spielt bei den Planungen von Senat und Landesregierung, aber wir sollten das auch deutlich machen. Das Thema regionale Wirtschaftskreisläufe ist von Herrn Benn angesprochen worden. Wie kann man es schaffen, dass man die Perspektiven für regionale Wirtschaftskreisläufe in Berlin und Brandenburg verbessert? Da sind viele Dinge zu beachten, EU usw., aber ich glaube, es ist ein zentrales Thema, dass die Leute merken, dass wir hier in einen stärkeren Austausch kommen zum Nutzen aller – Klima, Ökokreisläufe usw.

Das Zweite ist: Das Thema Regionalbahn ist schon angesprochen worden. So eine Linie wie zum Beispiel von Brandenburg/Havel über Berlin nach Frankfurt/Oder wird jetzt noch öffentlich betrieben, offenbar sind aber die Würfel schon gefallen, dass das alles irgendwann privat betrieben werden soll. Vielleicht bin ich da auch falsch informiert. Die Frage ist, ob man so etwas im öffentlichen Verbund halten kann oder ob es künftig privat betrieben wird. Wie weit können der VBB oder die beiden Landesregierungen darauf Einfluss nehmen, dass wir möglichst viel in öffentlicher Regie behalten? Vielleicht habe ich auch nicht den aktuellen Stand, vielleicht können Sie da eine Information beitragen.

Ein anderes Stichwort: Flughafen BER und der Streit um die Taxiladeberechtigungen. Da weiß ich jetzt nicht, ob die gegenwärtige Regelung tragfähig ist oder nicht. Das will und kann ich nicht beurteilen. Aber dass da es da Unmut und Diskussionen unter den Kutschern in Brandenburg und Berlin gab, ist bekannt. Also dass man für solche möglichen Konflikte praktische Lösungen im Zusammenwirken mit dem anderen Bundesland findet, das wäre für mich ein sehr wichtiger Gesichtspunkt – so als Zielvorstellung. – Danke schön!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Zimmermann! – Jetzt stehe ich selber auf der Redeliste für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Andreas Otto (GRÜNE):** Ich will ein paar Fragen stellen und ein paar Dinge anmerken, insbesondere zu der Vorlage – zur Kenntnisnahme. Wir sind schon erfreut, dass es jetzt so einen neuen Schwung gibt oder zumindest zu geben scheint. Das nehmen wir erst einmal sehr positiv auf und wollen als Fraktion, aber auch als Parlament, als Koalition einen Beitrag leisten – deswegen jetzt auch die Kontakte in den Brandenburger Landtag. Wir werden mal sehen, wie wir da zusammenkommen.

An dieser Vorlage – zur Kenntnisnahme – finde ich einen Punkt sehr bemerkenswert, weil der neu ist. Da steht nämlich jetzt drin, dass der Wohnungsmarkt ein gemeinsamer ist. Ich kann mich daran erinnern, bei früheren Anfragen an den Senat ist immer geantwortet worden: Der Wohnungsmarkt von Berlin ist in den Landesgrenzen; und was hinter der Landesgrenze ist, ist uns egal. – Also da sind wir schon dichter zusammengekommen, das finde ich sehr positiv. Die engste Zusammenarbeit findet, glaube ich, beim VBB, beim Verkehr statt, aber – und das

ist positiv – hier wird versucht, auf vielen Gebieten über einen Gesamtrahmen – so heißt das ja – zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen. Wenn man so ein Papier „Gesamtrahmen“ nennt, dann ist das sehr übergreifend, hat aber auf der anderen Seite auch einen hohen Grad an allgemeinen Formulierungen und muss untersetzt werden. Solche Kommuniqués kann man sicherlich viele machen, aber man muss es untersetzen. Insofern bin ich froh, dass Sie gesagt haben, Herr Staatssekretär Gaebler, dass Sie jetzt daran arbeiten, dass es konkrete Projekte geben soll. Das finde ich gut. Was mir da ins Auge sticht, will ich beispielhaft sagen: Beim Thema Klimaschutz müssen wir konkreter werden. Der steht jetzt immer überall drin, in allen Papieren, aber da müssen wir gemeinsam noch mal die Ziele angucken und schärfen, was wir da als Berlin-Brandenburg gemeinsam leisten können. Das ist ein sehr wichtiger Punkt.

Ein anderer Punkt – sehen Sie mir das nach – sind ökologische Fragen. Wir haben zum Beispiel eine gemeinsame Bauwirtschaft in Berlin und Brandenburg. Wir hören immer, dass es blöd ist, dass es unterschiedliche Tarife bei der Bezahlung gibt. Das müsste man angleichen. Wir haben unterschiedliche Regeln. Wir haben eine Bauordnung, die Brandenburger haben eine Bauordnung. Da müsste man sich auch annähern. Das ist schwierig. Ich bin da auch in Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion in Brandenburg, dass man sich da heranarbeitet, weil das natürlich auch für die Wirtschaft, gerade die Bauwirtschaft, einfacher werden könnte. – Spezialthema ist der Holzbau. Wir wollen in Berlin ganz viel mit Holz machen. Brandenburg tastet sich da auch heran. Das, könnte ich mir vorstellen, ist ein Projekt. Wir machen gemeinsam dieses Holzbau-Cluster oder die Holzbauzusammenarbeit. Das wäre gut. Das wäre auch ein Modell für die Zukunft. Das finde ich sehr gut.

Bei der gemeinsamen Ansiedlungspolitik habe ich immer ein bisschen geschmunzelt über diese Diskussion, wer denn den Herrn Musk mit seinem Tesla nun hier angeworben hat und warum der jetzt genau da ist. – Ich kann Ihnen sagen, das ist uns relativ egal, wer den angerufen hat, und ob der jetzt hinter oder vor der Stadtgrenze von Berlin seine Ansiedlung macht, ist mir auch egal. Das ist die Region. Das nützt der Region, und das ist ein positives Ding. Da würde ich mir auch wünschen, dass wir da etwas gelassener sind und uns auch gegenseitig etwas gönnen und immer sagen: Das ist für die Region. Wir machen das, weil wir hier zusammenarbeiten wollen. Insofern finde ich es gut, dass es vorangeht. Konkrete Projekte sind sehr wichtig.

Ich wollte noch einmal nach dem Zeitplan fragen. Hier stand, es soll einen gemeinsamen Kabinettsbeschluss im ersten Quartal geben. Können Sie das noch ein bisschen genauer sagen, wann das ungefähr sein wird? Ist das am 1. Januar oder eher am 31. März? – falls man da vorher noch Gespräche führen will und sich eventuell mit Anregungen einbringen möchte.

Konkrete Fragen habe ich an die Bezirksbürgermeisterin und den Bezirksbürgermeister. Ich habe Ihre Vorträge mit Interesse gehört, und da sticht natürlich insbesondere die Frage ins Auge, das kann ich sehr gut nachvollziehen: Wenn man als Bezirksbürgermeisterin, als Bezirksbürgermeister mit einem Gegenüber aus dem Nachbarbundesland spricht, und die haben eine ganz andere Struktur. Die Berliner Bezirke sind weder eine richtige Kommune noch ein richtiger Landkreis und müssen im Zweifel immer den Senat bemühen, wenn man irgendetwas auf den Punkt bringen und einen Vertrag schließen will. Sehen Sie denn – das ist jetzt eine konkrete Frage an Frau Richter-Kotowski und Herrn Benn – den Bedarf, dass wir uns in Berlin anders organisieren, dass wir die Bezirke auch zu so einer Art Landkreis oder echter Kommune organisieren, damit sie tatsächlich auch verhandlungsfähig werden? Oder könnte

man auf der anderen Seite mit Brandenburg darüber sprechen, dass auch dort die Kommunalstruktur in irgendeiner Weise verändert wird? Das ist auch denkbar. Das würde mich interessieren, was Sie dafür Ideen oder auch Wünsche haben. Das fängt an bei solchen Sachen wie: Wie ist es mit dem Hin- und Herbesuch von Schulen und Kindergärten? Das ist ein Problem, aber es gibt inzwischen auch Staatsverträge. Gibt es davon genug? Müssen wir noch weitere machen? Oder wünschen Sie sich aus den Bezirken heraus, dass man doch auf einer unteren Ebene ohne einen Staatsvertrag, der auch sehr aufwendig ist, Vereinbarungen treffen kann? Das würde mich interessieren.

Das betrifft auch die Frage von Bebauungsplänen. Herr Benn hat das angesprochen. Wir haben im Moment an bestimmten Stellen die Situation, da sieht man den Übergang nicht so sehr von Berlin nach Brandenburg. Auf der andere Seite – ich kenne das aus Pankow – gibt es aber erhebliche Stadtkanten. In Buch zum Beispiel stehen die Plattenbauten und die Krankenhäuser, und wenn dahinter die Einfamilienhäuser anfangen, ist man im Amt Panketal. Da stellt sich die Frage: Was heißt eigentlich gemeinsamer Wohnungsmarkt? Könnten die in Panketal vielleicht auch Geschosswohnungsbau machen, weil es einen großen Wohnungsbedarf in diesem konkreten Bereich gibt? – Das würde mich interessieren, wie Sie da in Gesprächen sind aus den Bezirken und ob da die andere Seite aufgeschlossen ist. Dabei würde ich es mit weiteren Fragen belassen und freue mich auf die weitere Debatte.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Ich springe jetzt wieder in die Rolle des Vorsitzenden und rufe auf Herrn Gläser für die AfD-Fraktion.

**Ronald Gläser (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der geschätzte Kollege Zimmermann ist gerade nicht da. Er hatte gefragt: Wie kann man die Einheit oder die bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern erlebbar machen? – Mir fielen da schon einige Sachen ein, die gemacht werden müssen, gerade im Bereich Verkehr. Zum Beispiel: Warum fährt die S-Bahn nicht im Fünf-Minuten-Takt nach Bernau oder Oranienburg oder Potsdam, auch wenn sie dann leer unterwegs wäre? Das wäre eine wichtige Voraussetzung dafür, dass mehr Leute auch in Zukunft pendeln würden. Oder auch gerade die Park-and-Ride-Parkplätze. Darüber haben wir hier schon ein paarmal gesprochen, wo Sie sich vehement dagegen wehren, weil Sie das Auto an sich als Verkehrsmittel ablehnen. Davon lese ich halt nix hier drin. Das zeigt mir auch, dass dieses Papier ein Stück weit falsche Prioritäten setzt und dass Sie sich auch verzetteln. Beim Thema Verkehr lese ich nur etwas über Radverkehr und Bahn. Das Wort „Auto“ taucht nur ein einziges Mal auf. Das passt Ihnen aber eigentlich nicht, und Sie wissen, dass das eigentlich total unrealistisch ist, dass alle Brandenburger jetzt auch auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen, gerade die, die nach Berlin reinmüssen.

Oder Mehrfamilienhäuser statt Einfamilienhäuser: Sie haben es auch gerade gesagt, Herr Vorsitzender. Auch Einfamilienhäuser schaffen wichtigen Wohnraum. Auch daran muss es ein großes Interesse geben. Hier steht, dass überwiegend Mehrfamilienhäuser zu schaffen seien. – Das Auto findet allerdings schon statt – dann witzigerweise in dem Bereich über Wirtschaft. Da wird mehrfach auf Tesla verwiesen. Das zeigt, dass wir Autos brauchen, und Autos brauchen Straßen. Autos brauchen keine Pop-up-Radwege, sondern Autos brauchen Parkplätze und, und, und. Da dürfen wir das Auto nicht verdammen, und dann klappt auch die Zusammenarbeit mit Brandenburg besser.

Wir denken auch, das ist der zweite Punkt, der Sie sich hier ein Stück weit verzetteln. Ich sehe hier zwar ein paar Punkte, die wirklich wichtig sind: Wohnungsmarkt, Mobilität und natürlich die Wasserversorgung und natürliche Grundlagen. Die Spree fließt durch beide Bundesländer. Viele von den anderen Punkten habe ich mir jetzt durchgelesen. Das sind doch alles nur Passwörter und heiße Luft. Wozu brauchen wir eine Zusammenarbeit in Bereichen wie Digitalisierung, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Weltoffenheit? Konzentrieren Sie sich aufs Wesentliche! Kümmern wir uns um die Dinge, die wirklich wichtig sind in diesem Zusammenhang. Das wäre wichtig. Wir wollen das nicht mit Bausch und Bogen verdammen. Es ist wichtig, dass sich beide Länder absprechen, aber es muss auch nicht so Gemischtwarenkatalog sein. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Danke! – Jetzt ist dran der Kollege Schweikhardt für Bündnis 90/Die Grünen.

**Notker Schweikhardt (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte nur noch ein Detail nachfragen. Herr Staatssekretär! Sie haben vom Medienboard, MABB etc. gesprochen, die doch Marktführer sind, ich denke mal, fast schon in Europa, zumindest im diesseits des Brexits liegenden Europa. Die Filmschaffenden wechseln völlig selbstverständlich zwischen Berlin und Brandenburg hin und her. In der Regel merken sie das gar nicht. Die Studios sind in Brandenburg. Die Locations sind in Berlin. Zum Kino fährt man hierher, Wohnen tut man dort. Das ist eigentlich ein Erfolgsmodell, gerade auch die gemeinsame Filmförderung, aber sie hat noch ein paar Kinderkrankheiten. Ist bei der Finanzierung abzusehen, dass sich alle irgendwann gleichmäßig beteiligen? Die eine Seite macht etwas vor. Wir haben VFX-Förderung jetzt an den Start gebracht. Die läuft an. Jetzt überlegt Brandenburg, da nachzuziehen. Gibt es da noch Möglichkeiten, das noch besser zu synchronisieren? – Danke!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Jetzt habe ich Herrn Jupe für die CDU-Fraktion auf der Liste. – Bitte schön!

**Claudio Jupe (CDU):** Ich möchte wie folgt beginnen: Ich wohne privat am nördlichen Stadtrand von Berlin. Ich beobachte jeden Tag, wenn ich mich auf den Weg mache in mein Büro im Abgeordnetenhaus oder in meine Kanzlei, wie die Verkehrsströme über die Straßen vom Norden in die City fließen. Ich finde, das lenkt die Aufmerksamkeit auf ein tatsächliches und praktisches Problem. Ich will hier keine große Verkehrsdebatte eröffnen, aber ich stelle fest, dass in den Grenzbereichen von Berlin, im nördlichen Bereich, zu wenig Plätze da sind, um Park-and-Ride zu gewährleisten. Das ist eine ganz praktische Sache. Es wälzen sich tagtäglich Tausende von Autos durch die Vorortbezirke von Berlin-Nord in diesem Fall und den Brandenburger Bezirken wie Glienicke usw., um sich dann meistens auf der Stadtautobahn wiederzutreffen. Das müsste meiner Meinung nach entlastet werden, denn darunter leiden alle, und insbesondere auch die, die aus weiter entfernten Orten in Brandenburg kommen und ihr Auto stehen lassen würden, wenn sie eine vernünftige Verbindung im ÖPNV, insbesondere bei der S-Bahn, hätten. Darauf will ich Ihre Aufmerksamkeit lenken. Deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Damit ist die Redeliste geschlossen oder abgearbeitet. Mit Blick auf die Uhr würde ich – jetzt hat sich noch Herr Schulze gemeldet – denken, dass es sich dann für die Abgeordneten zu diesem Tagesordnungspunkt damit bewendet und würde danach dann die anzuhörende Bezirksbürgermeisterin, den anzuhörenden Bezirks-

bürgermeister und den Senat bitten, die Fragen zu beantworten. Insofern ist das jetzt der letzte Aufruf. Dem hat sich jetzt Herr Schulze geöffnet. – Bitte schön, Sie haben das Wort für die Linksfraktion!

**Tobias Schulze (LINKE):** Eine Runde gibt es noch, ja?

**Vorsitzender Andreas Otto:** Nein, eine Wortmeldung: Ihre!

**Tobias Schulze (LINKE):** Ich habe mich noch mal gemeldet, als der Kollege Gläser gesagt hat, dass Wissenschaft usw. Gedöns ist, und da ich wissenschaftspolitischer Sprecher meiner Fraktion bin und wir regelmäßig mit den Brandenburger Kolleginnen und Kollegen über Wissenschaftsaustausch sprechen, muss man einfach sagen, dass wir eine Region Berlin-Brandenburg haben, die in der Wissenschaft sehr eng zusammenarbeitet, und wir nicht davon sprechen können, dass Berlin hier ein Einzelstandort ist und Brandenburg auch nicht, sondern wir haben sehr viele Forschungsprojekte, sogar gemeinsame Studiengänge. Viele Studierende bewegen sich ganz selbstverständlich auch über die Landesgrenzen hinweg, machen mal in Potsdam Lehrveranstaltungen, obwohl sie ansonsten in Berlin eingeschrieben sind, und umgekehrt. Wir haben sehr viele Studierende, die in Potsdam studieren oder sogar in Cottbus oder Frankfurt/Oder und in Berlin wohnen. Auch da gibt es diverse Überschneidungen, und wer das einfach so abtut, der ist nicht ganz am Puls der Zeit und nicht ganz an dem, was tatsächlich stattfindet.

Ein zweiter Punkt, auf den ich noch einmal eingehen wollte, ist das Thema von Herrn Jupe: Park-and-Ride-Parkplätze. – Das hören wir nun immer wieder, dass die CDU das hier voranbringt. Wir haben auch einen Antrag, wo das noch einmal aufgeführt ist. Dazu hat Herr Benn, glaube ich, das entscheidend Richtige gesagt. Wir müssen die Zubringerverkehre im ÖPNV auf den richtigen Stand bringen, denn in der Tat ist es so, dass viele darauf angewiesen sind, mit dem Auto zum nächsten S-Bahnhof oder Regionalbahnhof zu fahren. Man muss aber auch sagen, wer das einmal durchrechnet, ein großer Park-and-Ride-Parkplatz macht vielleicht ein Drittel einer S-Bahn voll. Die fahren aber im Fünf- bis Zehnminutentakt auf den meisten Strecken. Das heißt, wenn um 6 Uhr die erste Frühschicht der autofahrenden Zubringer dort angekommen ist, dann ist ein Drittel der S-Bahn voll, der Park-and-Ride-Parkplatz auch, und alles, was nach 6 Uhr passiert, hat damit nichts mehr zu tun. Das heißt, solche Parkplätze lösen kein Problem, zumal wir die Flächen in der Regel gar nicht haben, wo wir Hunderte von Autos abstellen können. Das heißt, wir sind zwingend darauf angewiesen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Zubringerverkehre auszubauen. Ich glaube auch, dass viele Menschen darauf warten. Wir brauchen auch eine Verbesserung von Radzubringerverkehren in den Vorstädten und in den Speckgürtelgemeinden, denn auch dort lässt sich viel Potenzial erschließen. Da ist Brandenburg, vorsichtig ausgedrückt, noch nicht ganz auf dem Stand der Verkehrspolitik, wie wir es in Berlin sind. Auch da muss man etwas tun. Aber zu sagen, man kann so viel Park-and-Ride-Parkplätze bauen, dass alle Menschen, die dann mit dem Auto nach Erkner oder wohin auch immer fahren wollen, dort einen Parkplatz finden, das ist, glaube ich, absurd. Das ist keine zukunftsfähige Vorstellung. – Danke schön!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Dann machen wir jetzt die Antwortrunde. Ich würde wieder mit Frau Richter-Kotowski anfangen. Sind Sie in der Leitung? – [Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski: Bin ich!] – Super, dann haben Sie jetzt das Wort.

**Bezirksbürgermeisterin Cerstin Richter-Kotowski** (BA Steglitz-Zehlendorf) [zugeschaltet]: Ich versuche, die einzelnen Blöcke ein bisschen zusammenzufassen. Es war einmal die Frage, inwieweit man über neue Strukturen nachdenken muss. – Ich glaube, dass wir darüber sehr dringend nachdenken müssen, denn so wie die Verwaltung im Augenblick funktioniert – es ist völlig wurscht, ob in Berlin oder in Brandenburg –, hat sie keine Projektorientierung. Ich glaube, wir müssen dazu kommen, dass wir nicht nach oben und nach unten organisieren, sondern dass alle zusammenkommen müssen, die mit einem bestimmten Projekt zu tun haben. Ich will ein Beispiel nennen: Frau Brychcy nannte es vorhin. Das ist das Thema der Stammbahn in unserem Bezirk. – Ja, Frau Brychcy, Sie haben recht. Sowohl mein Kollege Grubert als auch ich sind uns relativ einig. Wir müssen das jetzt alles noch mit Potsdam besprechen, aber mit den Haltepunkten usw. sind natürlich noch eine ganze Reihe Details zu klären, aber im Endeffekt bestellt das Land Berlin und der Senat und nicht unter Einbeziehung von Kleinmachnow oder Steglitz-Zehlendorf. Ich will jetzt nicht sagen, dass ich anschließend der Besteller sein möchte, um Gottes Willen nicht, aber ich glaube, dass wir gerade bei den Projekten, die mit i2030 zu tun haben, eine stärkere Einbindung der Umlandgemeinden und der Berliner Bezirke benötigen. Das sagt auch mein Kollege Benn. – Ich nehme ein anderes Beispiel: Bei uns im Bezirk, die S 25. Ich habe in Teltow auch mit der Ministerin Schneider zusammengesessen in Zusammenhang mit i2030. Die S 25 wird nach Teltow-Stadt Richtung Stahnsdorf ausgebaut, und zwar zweigleisig, und trifft dann auf Berliner Gebiet auf eine eingleisige Strecke. Das heißt, es ist vorprogrammiert. Wir könnten eine wirklich gute Planung haben, wie wir Verkehre dann auf die S-Bahn bekommen, wenn sie dann eingleisig über den Teltowkanal geführt wird, ohne dass dann eine schnell Zugverbindung in die Innenstadt auf solchen Strecken da ist. Bei der S 25 ist es noch besonders, da es sogar die Trasse für die Zweigleisigkeit noch gibt, weil diese Strecke mal zweigleisig gewesen ist. Es wäre also sinnvoll, im Zusammenhang von i2030 immer den gesamten Verlauf einer solchen Sache anzuschauen, und das ist das, was ich mit Projektorientierung meine.

Ich nehme ein anderes Beispiel: Es gab vom RBB auch eine ganze Reihe von Interviews mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus den Berliner Bezirken und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Umlandgemeinden. Da haben Sie eine ganze Reihe von Beispielen gerade in den Verkehren gesehen, wo plötzlich der Verkehr in Berlin nach wie vor in einer Sackgasse endet, und zehn Meter weiter führt die Straße auf Brandenburger Gebiet daran vorbei. Ich finde, dass man 30 Jahre nach der Einheit solche Schnittstellen, die existieren, einfach mal schließen könnte – wie sagte Herr Benn richtig: Die Menschen suchen sich ihre Wege selber. Ich glaube, dass wir hier dann ein ganzes Stück weiterkommen würden.

Ich will noch zwei Punkte ansprechen, wo ich glaube, dass wir auch weiterkommen sollten. Das ist hier bislang noch gar nicht angesprochen worden. Das ist das Thema des Personals für die öffentliche Verwaltung. Nach wie vor ist es so, dass es Besoldungsunterschiede zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Berlin gibt. Das wird man in Mitte nicht so unbedingt merken, bei uns in Steglitz-Zehlendorf aber schon, weil ein anders Besoldungsgefüge besteht. Wir verlieren Personal an die Umlandgemeinden oder auch ans Land Brandenburg, weil man dort besser verdient. Ich nehme ein anderes Beispiel: Ausbildung von Nachwuchskräften. Das sind zarte Pflänzchen, die im Augenblick entstehen, aber auch hier könnten wir viel schlagkräftiger sein, wenn wir gemeinsam arbeiten würden.

Zwei Sachen hätte ich noch zur Debatte Park-and-Ride oder nicht: Ich glaube, dass wir die Zubringerverkehre deutlich verbessern müssen. Im Zusammenhang mit der S 25, die ich ge-



rade erwähnte, wird so etwas auf Brandenburger Gebiet mitgeplant, hier insbesondere in Stahnsdorf und in Teltow. Das ist eine sehr vernünftige Variante, damit die Kopfbahnhöfe Steglitz-Zehlendorf als Beispiel, dafür kann ich sprechen, nicht zugeparkt werden. Das hat aber auch mit dem Tarifgefüge zu tun, auch das wurde hier schon mehrfach angesprochen, dass es hier so ist, dass, wenn Sie bis nach Steglitz-Zehlendorf reinfahren, für das Monats-ticket weniger bezahlen, als wenn Sie in Potsdam, Kleinmachnow oder Teltow eingestiegen sind, um bis nach Mitte zu fahren. Die Menschen stimmen mit den Füßen oder in dem Fall leider mit dem Auto ab. Deswegen glaube ich, dass wir diese Verbindungen, sowohl im öffentlichen Nahverkehr als auch auf der Straße, aber auch bei dem Thema Bebauungspläne in den Fokus nehmen müssen. Auch hier haben wir – Frau Brychey weiß es – ein großes Neubauvorhaben in Steglitz-Zehlendorf. Da endet die Bebauungsplangrenze an der Landesgrenze. Etwas anderes darf ich auch gar nicht tun. Ich finde es natürlich schwierig, wenn ein Bus dort in eine Kehre geführt wird. Ich habe mindestens dafür gesorgt, dass so viel Platz frei bleibt, dass man, wenn man es dann mal an Brandenburg anschließen will, dann auch mit der Straße anschließen kann, also dass das nicht technisch verbaut wird. Aber da würde ich mir auch viel mehr landesgrenzübergreifende Planung und gemeinsame Projektorientierung wünschen.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Dann geben wir jetzt gleich weiter an Herrn Benn.

**Bezirksbürgermeister Sören Benn (BA Pankow)** [zugeschaltet]: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Zu der Frage: Sollen die Bezirke Kommunen werden und nützt das was? – hatte ich mich vor einigen Tagen schon einmal gemeinsam mit der Kollegin Monika Herrmann öffentlich geäußert. Selbstverständlich brauchen die Bezirke mehr Kompetenzen, Entscheidungskompetenzen, müssen agiler agieren können. Damit allein ist es aber nicht getan. Das will ich noch einmal sagen. Das ist eine Voraussetzung, aber es reicht nicht, denn im Wesentlichen hängt als nächster Schritt eine Ressourcenfrage dran. Die Dynamik, die wir in Berlin, in der gesamten Hauptstadtregion, haben, kann man nicht mit einem Personal, das den Status quo verwaltet, bearbeiten, sondern Dynamik braucht Ressourcen. Wir sind schon an den Grenzen bei der Bearbeitung von B-Plänen und § 34-ern im normalen Bestand bei uns. Auch unsere Straßenverkehrsbehörden sind bis zur Gänze ausgelastet. Wir wollen gerne mit Brandenburg mehr machen, aber das braucht eben Ressourcen. Ohne Ressource passiert gar nichts. Das ist sozusagen der nächste Schritt. Da braucht es nicht nur Planungsressourcen, sondern da braucht es am Ende des Tages Investitionsmittel, um diese kleinen Grenzverkehre tatsächlich deutlich effektiver ausbauen zu können. Sicherlich kann man einen Teil solcher Dinge auch im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen machen, wo man sich konkret verabredet: Diese und jene Straße und Verbindung macht nicht mehr SenUVK, sondern der Bezirk. Das geht auch. Wir gerade in einer Verwaltungsmodernisierungsdiskussion in Berlin. Da bin schon der Meinung, dass, erstens, die Rolle der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister gestärkt gehört, dann aber auch nicht nur im Verhältnis zu Land und innerbezirklich, sondern auch im Verhältnis zu den Umlandgemeinden.

Es gab eine Frage zu den Wohnungsbaupotenzialen: Seid ihr in Gesprächen mit den Kommunen, und wie machen wir es da drüben? – Es gibt eine Wohnungsbaupotenzialstudie des Kommunalen Nachbarschaftsforums mit letzter Redaktion im September, und da sind allein für den Raum, für den ich hier sprechen kann, den Nord-Ost-Raum, für die Umlandgemeinden ein Wohnungsbaupotenzial identifiziert worden von 24 000 Wohnungen. Das ist weniger Wohnungsbaupotenzial als Pankow allein hat. Von diesem Wohnungsbaupotenzial sehen die

Umlandgemeinden 67 Prozent in Mehrfamilienhäusern und 33 Prozent in Ein- und Zweifamilienhäusern. Jetzt sind wir mit Sicherheit nicht die, die den Umlandgemeinden sagen, wie sie ihre B-Pläne zu gestalten haben oder den Bauämtern, den Planungsämtern, Genehmigungsämtern der Umlandgemeinden sagen, wo man im 34er noch mal Viergeschoss statt Zweigeschosse machen kann. Das ist nicht die Gesprächsebene, die wir haben. Dazu sind die Gespräche nicht intensiv genug, leider nicht intensiv genug, weil wir die Ressourcen dafür nicht haben, aber wir haben, wie gesagt, den Kommunikationsraum des Kommunalen Nachbarschaftsforums, wo solche Potenzialstudien erarbeitet werden. Wir sehen, dass die Potenziale zumindest bei uns hier im Nord-Ost-Raum nicht bei dem sind, also gar nicht solche Größenordnungen haben. Es hat auch schon wahnsinnig viel stattgefunden seit 2011. Der Raum der Umlandgemeinden ist ungefähr um 10 Prozent gewachsen, was die Zahl der Wohnungen angeht, etwa 10 Prozent Zuwächse hatten die schon und haben jetzt, wie gesagt, 24 000 Wohnungen identifiziert. Auch die müssen und sollten gehoben werden. Die Leute müssen von A nach B kommen.

Ein kurzer Schlenker sei mir erlaubt zum Thema Digitalisierung. Es gibt viele Familien in Brandenburg. Ohne die Digitalisierung in Brandenburg werden wir die Menschen nicht bewegen, dort hinzuziehen, dort zu wohnen und dort zu arbeiten. Digitalisierung ist in jeder denkbaren Perspektive eine Voraussetzung dafür, dass wir den Siedlungsraum Brandenburg entwickeln und so den Druck auf Berlin ein Stück weit ableiten können.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Benn! – Dann kommen wir zum Senat. – Herr Staatssekretär Gaebler kann alle Fragen, die an den Senat gerichtet waren, beantworten. – Bitte schön!

**Staatssekretär Christian Gaebler (CdS):** Ich weiß nicht, ob Sie das wirklich wollen, dass ich jetzt alle Fragen ausführlich beantworte. Ich könnte allein eine Stunde einen Vortrag zu Verkehrsthemen halten, schon aus meiner Erfahrung als Verkehrsstaatssekretär. Das will ich Ihnen aber jetzt ersparen. – [Christian Goiny (CDU): Wir hören immer gerne zu!] – Das sollten Sie vielleicht lieber dann noch mal im Fachausschuss vertiefen. Deshalb ist die Anregung richtig, wenn ich mir erlauben darf, das zu kommentieren, das ist eher eine parlamentarische Angelegenheit, aber ich glaube, dass es richtig ist, sich zu konkreten Themen mit dem jeweiligen Fachausschüssen aus den beiden Landesparlamenten zusammensetzen und konkret über Themen zu reden. Meine Erfahrung als Parlamentarischer Geschäftsführer ist, dass es da auch schon mal eine Phase gab, wo alle Ausschüsse zusammen tagen sollten und teilweise nicht so richtig wussten, was sie miteinander anfangen sollten, um es einmal so platt zu sagen. Deswegen wäre es tatsächlich wichtig, sich konkrete Themenfelder zu nehmen. Ich glaube, dafür ist der strategische Gesamtrahmen auch ein guter Ansatz. Die Vorhabenliste werden Sie übrigens auch zeitnah bekommen, die wir am Montag beschlossen haben. Auf der Grundlage das begleitend fachlich auszutauschen, wäre eine gute Begleitung und wäre vielleicht auch zeitlich so, dass das bis Ende Januar möglichst stattfinden sollte, damit das dann auch noch in den Prozess einfließen kann. Herr Vorsitzender hat und noch einmal nachgefragt. Ziel ist es, möglichst am Ende des ersten Quartals mit dem Kabinettsbeschluss einen vorläufigen Abschluss dieser Phase zu machen. Wenn es jetzt Anfang des zweiten Quartals wird – – Wir wollen uns auch nicht zu sehr unter Druck setzen lassen. Wir haben mit dem Wahltermin in Berlin alleine schon eine Begrenzung der Möglichkeiten zu Aktivitäten. Deswegen habe ich mit der Kollegin Schneider das erste Quartal so eingegrenzt, dass wir das in dem Bereich abschließen wollen. Wir wollen es aber ein bisschen vom Verlauf der Workshops und des

Nachbereitungsbedarfs abhängig machen, wann das dann genau in diesem ersten Quartal terminiert wird.

Die Frage: Wie eigenständig sollen Bezirke sein, und ist Berlin am Ende nur ein Sammelsurium von zwölf Großstädten? – Wir haben dieses Jahr 100 Jahre Groß-Berlin. Das Groß-Berlin-Gesetz damals 1920 aus gutem Grund gemacht worden, weil wir genau da die Situation hatten. Es gab acht selbstständige Städte, die zwar in einem Zweckverband zusammengeschlossen waren, wo aber jeder gemacht hat, was er für richtig hielt, und insbesondere die Fragen des sozialen Ausgleichs, gesamtstädtische Planung und auch gesamtstädtische Steuerung nicht sehr ausgeprägt waren, um es vorsichtig zu sagen. Das war die Idee des Groß-Berlin-Gesetzes und des Zusammenschlusses. Das ist heute genauso gültig wie damals. Deswegen würde ich jetzt vorsichtig Bedenken anmelden, wenn man sagt: Eigentlich brauchen wir doch nur so ein Dach darüber, und am Ende soll dann jeder Bezirk seines machen. Dann kann er auch besser mit Umlandgemeinden auf Augenhöhe kommunizieren. Im Übrigen darf ich auch darauf hinweisen: Wir haben in Berlin ein Landesparlamentes, eine Gesetzgebungsinstitution. Das ist das Abgeordnetenhaus. Das andere sind Verwaltungseinheiten. Damit will ich den Bezirken jetzt nicht zu nahe treten, aber das zeigt, dass an der Stelle die gesamtstädtische Steuerung, der gesamtstädtische Schwerpunkt klar gesetzt ist und dass wir die Bezirke in die Lage versetzen müssen, dort vernünftig zu agieren und auch auf der unteren Ebene Sachen klären zu können, ohne dass es über die Landesebene, dann nach Brandenburg, da wieder über die Landkreise und dann wieder auf die Kommune zurückgespielt wird. Das finde ich richtig, und da sollten wir uns im Rahmen unserer Diskussion über den strategischen Gesamtrahmen auch noch einmal Gedanken machen: Wie kann man da bestimmte Möglichkeiten eröffnen, ohne an der Gesamtkonstruktion zu rütteln?

Die andere Alternative wäre, dass man Groß-Berlin noch einmal neu aufruft und vergrößert, indem man Umlandgemeinden auch noch eingemeindet. Ich glaube, diese Diskussion wird in Brandenburg keine große Begeisterung auslösen, und am Ende wird es auch zu groß. Deshalb ist diese Konstruktion, dass wir sagen, wir finden Mechanismen, wie wir eine kommunale Abstimmung zusätzlich zur regionalen Abstimmung hinbekommen, an der Stelle der richtige Weg.

Was die Frage des Ausbaus von Verkehrswegen auf Brandenburger Gebiet angeht, muss man feststellen, wir haben in Brandenburg eine Landesregierung, die natürlich das ganze Land im Blick hat und über ihre Regionalförderung und Infrastrukturplanung auch Schwerpunkte setzen muss und dieses, aus meiner Sicht politisch nachvollziehbar, auch in den strukturschwächeren Regionen macht und nicht ausgerechnet in den stärkeren Regionen noch alle Investitionsmittel bündelt.

Das mag an der einen oder anderen Stelle vor Ort schwer nachvollziehbar sein, auch von den Diskussionen her, die Argumente sind ja richtig, dass man dort bestimmte Sachen ausbauen müsste. Ich glaube aber, es ist gesamtpolitisch, strukturpolitisch im Land Brandenburg auch durchaus nachvollziehbar, dass nicht alles immer ins Berliner Umland gelenkt wird. Das müssen wir dabei beachten. Trotzdem ist es richtig, das findet über den sogenannten i2030-Plan statt, dass wir hier Gesamtlösungen finden müssen. Frau Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski hat darauf hingewiesen hat, dass es da auch noch Lücken gibt. Ich will jetzt nicht zu tief reingehen, aber eine eingleisige Strecke auf einem überschaubaren Abschnitt mit einem geplanten Zehn-Minuten-Betrieb ist verschmerzbar mit modernen Leit- und Steuerungstechniken. Insofern würde ich sogar verstehen, wenn man die Priorität erst einmal auf einen gewissen Ausbau und eine zusätzliche Erschließung von Siedlungsgebieten setzt. Aber richtig ist, wir brauchen perspektivisch natürlich eine Infrastruktur, die dauerhaft und nicht so störungsanfällig die Leistungsfähigkeit darbietet.

Zum Thema Park-and-Ride könnte ich jetzt auch Vorträge halten. Ich mache es einmal kurz: Wer sich in Hamburg oder Köln die P-und-R-Konzepte, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren mit viel Aufwand ausgerollt worden sind, anguckt, wird merken, dass sie alle nicht funktionieren. Wie Herr Schulze schon gesagt hat: Das Angebot ist übersichtlich. Es ist relativ teuer, und am Ende, wenn die Leute erst einmal im Auto sitzen, fahren sie in der Regel auch mit dem Auto weiter. Insofern ist der Ansatz zu sagen, wir müssen die Zubringerverkehre im ÖPNV vor Ort stärker im Blick haben, richtig. Auch da haben wir natürlich das Problem, dass die Landkreise die Aufgabenträger und Besteller der Leistungen sind und vom Land Brandenburg bisher jetzt auch nicht so super ausgestattet werden. Das soll sich mit der neuen Koalitionsvereinbarung verbessern. Insofern ist es richtig, dort nachzuhaken, auch über den Verkehrsverbund, gerade diese Zubringerverkehre in den dichter besiedelten Bereichen im Blick zu behalten. In dünner besiedelten Bereichen stößt das natürlich an Grenzen dessen, was man sozusagen finanzieren kann. Da ist dann tatsächlich Park-and-Ride im Angebot, nur haben die Gemeinden an den S-Bahnstationen in Brandenburg eigentlich auch andere Interessen, als riesige Parkplätze mitten an ihrem S-Bahnhof, der meistens auch in der Ortsmitte liegt, oder häufig jedenfalls, anzusiedeln. Da gibt es Zielkonflikte, die muss man miteinander ausdiskutieren.

Eine letzte Anmerkung zum Tarif: Erstens gibt es in Europa keine Hauptstadt, wo sozusagen es nicht eine Tarifgrenze im ÖPNV an der Stadtgrenze gibt. Das hat die Ursache, dass man natürlich auch Entfernung in irgendeiner Form bepreisen will. Hier hat es noch die Besonderheit, dass es irgendjemand bezahlen muss. Und dass wir sozusagen von Berlin aus die Subventionierung der Tarife auf Brandenburger Boden bezahlen – das können Sie als Parlament natürlich immer entscheiden, als Haushaltsgesetzgeber –, war aber bisher nicht die Leitlinie. Die Brandenburger haben bisher keine große Bereitschaft erkennen lassen, das umgekehrt zu tun. Wie Sie wissen, sind die Diskussionen im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes, in dem alle Landkreise des Landes Brandenburg vertreten sind im Aufsichtsrat, meistens dadurch geprägt, dass die Brandenburger Seite sagt: Wir müssen dringend mal wieder deutliche Fahrpreiserhöhungen machen und die Berliner Seite da eher bremst. Wenn wir sagen, wir wollen keine Fahrpreise erhöhen, wir wollen aber, dass ihr sozusagen die bei euch noch absenkt, ist klar, wie die Antwort aus Brandenburg sein wird: Dann zahlt auch mal dafür. Das müssen Sie dann in den nächsten Haushaltsberatungen erörtern.

Die praktische Erfahrbarkeit ist ganz wesentlich. Das ist das, was ich vorhin meinte, auch mit der Transparenz von bestimmten Prozessen. Deshalb wollen wir das hier bei dem strategischen Gesamtrahmen nicht nur mit Verbänden machen, sondern auch mit einer Einbindung der Öffentlichkeit, jetzt nicht mit riesigen Versammlungen, aber durchaus mit der Möglichkeit, Vorschläge einzubringen, sich zu äußern, überhaupt den Prozess nachverfolgen zu können, indem man es öffentlich macht.

Zur Finanzierung des Medienboards – das war die Frage von Herrn Schweikhardt: Da gibt es in Brandenburg jetzt tatsächlich einen Beschluss, dass hier noch mal – ich habe die Summe jetzt nicht im Kopf, aber jedenfalls mehr als 10 Millionen Euro, glaube ich – insgesamt in den nächsten drei Jahren in diesem Bereich Medienboard und VFX-Förderung investiert werden soll. Das ist tatsächlich ein großer Schritt auf das hin, was wir uns immer gewünscht haben, nämlich eine paritätische Finanzierung an der Stelle. Die genauen Einzelheiten werden wir sicherlich absehbar mit der Haushaltsbeschlussfassung in Brandenburg dann auch erfahren.

Ich erlaube mir auch noch einmal den Hinweis, dass Wissenschaft und Forschung hier nicht ein Nebenthema ist in Berlin und Brandenburg, sondern gerade etwas, was die Hauptstadtregion ausmacht, was sie auch weltweit zu dem großen wichtigen Forschungs- und Wissenschaftsschwerpunkt macht. Daran haben wir in Berlin einen großen Anteil. Gerade wir als Senatskanzlei haben das als Schwerpunktthema bei uns im Portfolio. Aber auch die Zusammenarbeit mit Brandenburg und die Ansiedlung vieler wie Helmholtz-, Leibniz- und was auch immer für Institute ist dem zu verdanken, dass wir tatsächlich als Region einen guten Ruf haben, was auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Ort angeht, aber auch die Infrastruktur da ist und die Unterstützung durch die Landesregierung. Ich glaube, das ist eher ein Positivbeispiel, das man weiter verstärken sollte.

Ein Beispiel noch für eine Zusammenarbeit im strategischen Gesamtrahmen, um dem Vorsitzenden jetzt auch eine Freude zu machen: Das Thema Holzbau ist speziell aufgenommen in der Vorhabenliste und wird dort sozusagen auch vertieft.

Das Thema: Wer hat was vorangetrieben? – das vorhin angesprochen wurde, das mag manchmal etwas komisch wirken, aber ich glaube, das kennt man auch aus Koalitionen und anderen Zusammenhängen, dass so etwas immer gerne mal gemacht wird. Am Ende ist aber richtig, sollte es eine Bilanz geben, was man gemeinsam erreicht hat und wo man dann auch zusammen gut dasteht, dann kommen wir auch weiter.

Zur Ausschreibung Regionalverkehre: Die laufen inzwischen seit 20 Jahren immer wieder mit wechselnden Zuschlägen. Die ODEG, die jetzt den Zuschlag für den RE 1 bekommen hat, hat vorher den RE 2 und RE 5 gefahren. Dafür wird die Deutsche Bahn jetzt zwar nicht mehr den RE 1 fahren, aber das wesentlich größere andere Paket. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob das RE 2 und RE 5 oder ob es RE 3 und RE 4 sind. Das können Sie nachher vielleicht Herrn Wustrow fragen, wenn er kommt. Es gibt tatsächlich die öffentliche Regie. Es gibt den Zwang zur Ausschreibung, und an der Stelle hat die Deutsche Bahn das schlechtere Angebot abgegeben. Es ist aber nicht so, dass sozusagen an Private übergeben wird, sondern es ist ein privater Betreiber auf dem Netz unter öffentlicher Auftraggeberschaft. – Das ist jetzt etwas unsortiert, was ich mir notiert hatte. Ich bitte um Nachsicht, dass ich hier im Detail nicht alles beantworten konnte, aber ich hoffe, ein paar Dinge, wenn nicht zu Ihrer Zufriedenheit, zumindest beantwortet zu haben.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Mit Blick auf die Uhr würde ich gerne diese Tagesordnungspunkte beenden und schlage Ihnen vor, dass wir die zwei Punkte vertagen, weil wir noch versuchen, einen gemeinsamen Termin mit Brandenburger Beteiligung hinzubekommen. Ich möchte mich besonders bedanken bei Frau Richter-Kotowski und Herrn Benn, dass Sie uns heute einen Eingangsvortrag gehalten und Rede und Antwort gestanden haben. – Herzlichen Dank!

Damit sind wir mit dem Tagesordnungspunkt 4 – neu – und 6 – neu – durch und kommen zu

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Regionalrat für Berlin und Brandenburg**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0143](#)  
EuroBundMed

#### Hierzu: Anhörung

Dazu möchte ich ganz herzlich Herrn Dr. Volker Hassemer begrüßen, den Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Zukunft Berlin. Schönen guten Tag, Herr Hassemer! Wir haben Sie in kleines bisschen warten lassen, aber ich hoffe, dass es für Sie trotzdem interessant war. Wir sind ja in dem Themenkreis Berlin-Brandenburg und springen da jetzt gleich rein. Der Ablauf der Anhörung soll so sein, dass die CDU-Fraktion eine Begründung macht und wir dann Sie bitten, ein Eingangsstatement abzugeben. Dann machen wir eine Runde durch die Fraktionen oder zuerst den Senat? – Vielleicht machen wir nach Herrn Dr. Hassemer erst den Senat und dann einmal durch die Fraktionen, stellen Fragen, und dann sind wieder Sie dran, Herr Dr. Hassemer, und der Senat abschließend, und dann hoffe ich, dass wir noch Gelegenheit haben für einen weiteren Tagesordnungspunkt. Das stellen wir dann aber fest mit Blick auf die Uhr. – Die CDU beginnt. Wer macht das? – Herr Jupe, bitte schön!

**Claudio Jupe** (CDU): Ich weise darauf hin, dass es interessante Vorschläge gibt bezüglich Regionalrat für Berlin und Brandenburg. Ich begrüße sehr, dass wir hier den Vorsitzenden der Stiftung Zukunft Berlin haben werden, der einzelne Ausführungen dazu machen kann. Die Stiftung Zukunft Berlin hat sich mehrfach, wie es der Titel auch schon beinhaltet, mit weiterführenden Vorschlägen für die Entwicklung Berlins befasst. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir heute mit Herrn Dr. Hassemer erörtern können. So weit meine Begründung.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank für diese kurze Begründung! – Ich muss noch sagen, dass wir ein Wortprotokoll auch zu diesem Tagesordnungspunkt verfertigen wollen. – Ich begrüße Sie noch einmal, Herr Dr. Hassemer. Sie haben jetzt das Wort, im Bereich bis zu zehn Minuten uns etwas über die Idee des Regionalrates zu erzählen. – Bitte schön!

**Dr. Volker Hassemer** (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Unser Ansatzpunkt ist in der bisherigen Besprechung, die Sie hatten, schon genannt worden. Uns heißt, es ist eine Zusammenarbeit mit dem Werkbund Berlin, mit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, mit dem AIV mit der Vereinigung für Stadt- und Regionalplaner. Der Ansatzpunkt war unter anderem: Wir haben 100 Jahre Groß-Berlin. Das ist fast ein bedrohliches Wort, aber es ist zugleich ein stolzes

Wort, weil das damals eine enorme Leistung war, was wir alle, denke ich, miteinander feststellen, und wir haben 30 Jahre Brandenburg. Wir sagen deshalb, das ist für uns Anlass, danach zu fragen: Was steht heute an, nach diesen 100 Jahren, nach diesen 30 Jahren? – Wenn man die Entwicklung der Region ins Auge nimmt und wenn man sich fragt: Was ist jetzt zum heutigen Tage nötig an Impulsen und auch an Mut? – Damals war viel Mut bei diesen Entscheidungen zu sehen. Was ist an Mut und an Einfall nötig zum heutigen Tage? – Das kann nicht, Herr Gaebler hat es angedeutet, das noch größere Berlin sein. Es kann auch nicht die Fusion sein, aber politische Verantwortung hängt weniger damit zusammen, was es nicht sein kann, was man sich vornimmt, sondern: Was muss man sich vornehmen?

Wir sind der Auffassung, man muss sich nach dieser langen Zeit und nach vielen Versuchen, übrigens auch schon zu Beginn dieser Groß-Berlin-Geschichte, eine geordnete, gemeinsame Organisiertheit der Region vornehmen. Man muss nicht das Rad in jeder Hinsicht neu erfinden, sondern auch da habe ich die Diskussion verfolgt. Ich will das einfach noch mal erinnern. Es gibt ganz erhebliche Erfolge und Leistungen, die wir in der Region wahrnehmen. Natürlich gehören die Kommunalen Nachbarschaftsforen dazu. Es gehört auch, wenn man sie schon nennt, das Dialogforum dazu, der Städtekreis dazu. Es gibt also auf der kommunalen Ebene zwischen Berlin und Brandenburg – –

**Vorsitzender Andreas Otto:** Herr Dr. Hassemer! Darf ich Sie mal ganz kurz unterbrechen? Sie sind hier sehr schlecht zu verstehen. Ich weiß nicht, ob es an der Übertragung liegt. Haben Sie zwei Mikrofone an, oder können Sie etwas dichter ran oder ein bisschen weiter weg. Es ist immer so ein Übersteuern da drin. – [Dr. Volker Hassemer: Ist es jetzt besser?] – Ja, probieren wir mal so.

**Dr. Volker Hassemer** (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin) [zugeschaltet]: Ich mache mal das Video aus, dann ist es vielleicht auch besser zu hören. – Wir fußen auf das, was es schon gibt in der Region an Zusammenarbeiten, worüber Sie auch schon gesprochen haben. Dazu gehört das Kommunale Nachbarschaftsforum. Dazu gehören mehrere Zusammenarbeiten auf kommunaler Ebene. Gerade das führt dann zu der Frage, die auch heute schon diskutiert wurde: Wie führt das zu einer gemeinsamen Konsequenz, zu gemeinsamen Schlussfolgerungen für die Region? Natürlich kann die kommunale Ebene nur begrenzt entscheiden, aber sie das Recht, wenn sie diese Zusammenarbeit leistet, ernstgenommen zu werden auf der regionalen Ebene insgesamt.

Was Herr Gaebler angedeutet hat: Ich finde diesen strategischen Gesamtrahmen einen sehr guten und interessanten Ansatz, aber auch da ist es so etwas wie Dame ohne Unterleib. Die strukturelle Unterstützung dieses Ansatzes ist durch die Zusammenarbeit der Landesregierungen allein noch nicht geleistet.

Wir haben das dann nach unserer Auffassung Regionalrat genannt, nicht weil wir sagen, so muss es sein, sondern weil wir die Grundprinzipien der Zusammenarbeit damit ansprechen wollten. Es ist prinzipiell die Berücksichtigung dreier Ebenen nötig: einmal der Landesebene – dazu gehören die beiden Parlamente und die beiden Landesregierungen –, aber auch der kommunalen Ebene, die natürlich in Berlin und in Brandenburg – das macht die Sache nicht unkomplizierter, das ist richtig – unterschiedlich geregelt ist. Und es geht auch um die gesellschaftliche Ebene. Eine solche strategische Gesamtplanung müsste in diesem Dreiklang organisiert sein. Es ist gut, dass da die Landesregierungen den Anstoß gegeben haben, aber für die

inhaltliche Arbeit an einem solchen Projekt sind nach unserer Überzeugung diese drei Ebenen erforderlich.

Wir sagen auch, so etwas zu finden, also das, was andere Metropolregionen – in unterschiedlicher Qualität übrigens – schon geleistet haben, ist nicht einfach. Wir sagen mit unserem Vorschlag auch nicht: So muss es sein, und so muss es werden –, aber wir glauben, es ist unausweichlich, dass man sich in diesen organisatorischen Gesamtrahmen stellt und gerade die – auch das hat Herr Gaebler angedeutet – unterschiedliche Mehrstufigkeit in beiden Ländern nicht zum Anlass nimmt zu sagen, dann geht es halt nicht, sondern sich Gedanken darüber macht, wie es denn gehen könnte.

Wenn ich jetzt hier gegenüber dem Parlament spreche, was wir uns wünschen oder was wir erhoffen oder für wichtig halten, wäre, dass wir jetzt nicht einen konkreten Vorschlag mit ja oder nein abstimmen lassen werden, sondern wir glauben, gerade in diesem Jubiläumsjahr wäre es angemessen, wenn das Abgeordnetenhaus, wenn möglich, gemeinsam mit dem Landtag in Brandenburg, die jeweilige Landesregierung beauftragen würde, einen geordneten Vorschlag für diese gesamte Organisiertheit der Region zu entwickeln. Diese Organisiertheit nimmt nicht irgendjemandem die jetzigen Zuständigkeiten weg, aber sie führt diese Zuständigkeiten zusammen, noch einmal: wie es in anderen Metropolregionen gang und gäbe ist. Es ist ein schwieriges, aber wir meinen ein notwendiges Werk, um zwischen Gesellschaft, kommunaler Ebene und der Ebene der Landesregierung zu einer organisierten Gemeinsamkeit zu kommen. Es ist auch nicht eine große neue Behörde, es ist auch nicht ein großes Überministerium, sondern es ist ein die Zuständigkeiten ordnendes zuständiges Gremium, das wir anstreben. Es wird sicherlich da auch dreistufig zugehen, es wird eine Generalversammlung geben, es wird möglicherweise eine zweite Ebene, nämlich einen Exekutivausschuss, geben müssen, der handeln kann. Und es wird darüber hinaus eine Organisation, ein Generalsekretariat geben. Es ist also wirklich nicht die Erfindung einer neuen Institution, sondern eine Erfindung für eine bessere Kooperation. Das ist der Vorschlag, der hinter dem Wort „Regionalrat“ steht.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Dr. Hassemer! – Wir hatten ein bisschen Schwierigkeiten, hier alles zu verstehen, aber ich hoffe, dass es doch reicht als Basis für eine Debatte. – Wir fangen mit dem Senat an.

**Staatssekretär Christian Gaebler (CdS):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Dr. Hassemer! Wir hatten, auch zusammen mit der Kollegin Schneider, zwei Runden, in denen wir uns über dieses Konzept schon unterhalten haben. Ich finde es gut, dass auch die Stiftung Zukunft mit ihrem Know-how und ihrem Potenzial der dort Engagierten sich in dieses Thema der Zusammenarbeit mit Brandenburg einbringt und hier auch Ideen und Vorschläge hat. Wir sind selber, worauf Sie auch hingewiesen haben, mit dem strategischen Gesamtrahmen dabei zu sagen: Wir müssen bestimmte Dinge strukturierter angehen und vor allen Dingen auch mehr ressortübergreifend denken, um hier als Region insgesamt weiterzukommen und den Prozess auch nachvollziehbarer zu machen. Ich glaube, an der Stelle sind wir uns völlig einig, und dass wir auch darüber nachdenken: Wie kann man bestimmte Strukturen noch mal überprüfen, effektiver und effizienter machen?

Wo wir, und da sind sich Frau Schneider und ich auch einig, noch ein bisschen unterschiedliche Vorstellungen haben, ist, ob es tatsächlich eines zusätzlichen Gremiums bzw. einer zusätzlichen Institution mit mehreren Gremien bedarf. Wir haben gerade festgestellt, dass wir



schon eine Vielzahl von Gremien haben, wo wir Schwierigkeiten haben, die verschiedenen Ebenen zusammenzubringen, die Augenhöhe herzustellen, die Kommunikation zu fördern, und da jetzt noch ein Übergremium einzurichten, das das Ganze dann je nachdem erörtert und Empfehlungen abgibt oder gegebenenfalls sogar am Ende einen Vertretungsanspruch für die Region hat und Entscheidungsbefugnis bekommen soll, auch das war zumindest ein möglicher Bestandteil, sehen wir tatsächlich vonseiten der beiden Landesregierungen nicht. Wir sind der Meinung, das habe ich vorhin auch schon gesagt: Es gibt zwei Landesregierungen. Es gibt zwei Landesparlamente. Das sind diejenigen, die entscheiden, und niemand anderes, außer natürlich für die kommunalen Belange, die entsprechend zugewiesen sind, die Landkreise und Kommunen. Aber dass es jetzt ein wie auch immer zustandegekommenes Übergremium gibt, das die Entscheidungen für die Region trifft, sehen wir demokratietheoretisch sehr problematisch und halten das auch nicht für zielführend, weil eine neue Struktur nicht unbedingt automatisch zu besseren Ergebnissen und schnelleren Entscheidungsprozessen führt.

Deshalb hatten wir uns auch darauf verständigt, wir gucken uns im Rahmen des Prozesses um den strategischen Gesamtrahmen an: Wo sind denn Defizite in der Kommunikation, in der Abstimmung? Das hatten wir schon im vorigen Tagespunkt an einzelnen Stellen erörtert. Wie können wir die gezielt angehen? – Da wäre mein Vorschlag eher, auf der unteren Ebene zu schauen, dass dort mehr Möglichkeiten für konkrete Kooperationen, für Entscheidungen vor Ort liegen, als dass wir jetzt noch eine Ebene darüber packen, die sich dann mit diesen lokalen Themen auch noch beschäftigt. So haben Sie es auch nicht gemeint, ich weiß es, aber darauf schien mir bei der Diskussion vorhin auch ein besonderer Schwerpunkt zu liegen, wo wir eigentlich Probleme lösen müssen. Ich glaube, dass dieser Regionalrat ein sehr hohes Legitimationsproblem bekommen wird, je nachdem, wie intensiv er sich in bestimmte Dinge einbringt, und dass am Ende wieder kommt: Na ja, wenn es so einen Regionalrat schon gibt, und dann sagen aber die Landesregierungen: Wir finden es politisch nicht richtig. Was passiert dann? Ich glaube, wir lösen damit eher Streit und Probleme aus, als dass wir Hilfe an der Stelle voranbringen. Insofern ist gerne und richtig zu überlegen: Wie kann ich die Zusammenarbeit der beiden Länder verbessern? Wie kann ich konkretere, bessere Abstimmungsstrukturen einrichten? Wie kann ich Beteiligungsprozesse verbessern und auch eine Dialogplattform herstellen? Aber dieses Institutionalisierte, was sich auch an anderen Regionen orientiert, wo aber auch nicht nur gute Erfahrungen mit den sich doch manchmal verselbstständigenden Strukturen gemacht worden sind, würden wir Moment nicht als Schwerpunkt für die beiden Landesregierungen sehen. So viel von mir erst einmal zur Einführung.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Jetzt haben wir als Erste Frau Brychcy auf der Liste. – Sie haben das Wort!

**Franziska Brychcy (LINKE):** Vielen Dank für die Redebeiträge! – Ich habe mehrere konkrete Fragen an Herrn Dr. Hassemer, und zwar hatten wir in der vorherigen Anhörung – ich weiß nicht ob, Sie die ganze Zeit dabei waren, aber ich will es aber noch einmal wiederholen – uns auch mit den Kommunalen Nachbarschaftsforen beschäftigt. Da ist es so, dass alle drei Ebenen dort vertreten sind und auch das Ziel benannt ist, die Kommunikation zu stärken und auch Vorschläge für die Regionalplanung zu machen, und dass da auch der Senat und die Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg schon zugesagt haben, dass dort mitgearbeitet wird. Das heißt, man hätte schon ein solches Forum. Deswegen wollte ich nur noch einmal fragen, was dann die Abgrenzung zu dem Regionalrat, der vorgeschlagen ist, genau beinhaltet. Was genau unterscheidet dieses Kommunale Nachbarschaftsforum von der Idee des Regionalrates?

Aus meiner Sicht ist es schon wichtig, dass alle drei Ebenen miteinander in Kontakt sind, weil viele Entscheidung – das führten gerade die Bezirksbürgermeisterin und der Bezirksbürgermeister aus – auch auf Bezirksebene bei uns getroffen werden. Bei den Kommunen und Kreisen ist das sowieso der Fall in Brandenburg, aber auch bei uns, zum Beispiel wenn es um B-Pläne geht. Das machen die Bezirke, und die müssen die Entscheidungen treffen, und auch zum Beispiel, was Herr Benn ausführte, dass Schwierigkeiten mit diesen kleinen Grenzverkehren bestehen, dass die Bezirke dort zum Beispiel auch Straßenendteile haben und an Ressourcengrenzen stoßen und dass da auch die Bezirke einbezogen werden müssen oder wenn eine größere Planung geschieht, dass die Bedarfe angemeldet und die Bezirke da auch beteiligt werden müssen. Von daher ist dieses Gremium der kommunalen Nachbarschaftsforen aus meiner Sicht sehr gut und auch zentral, dass man genau diese Dinge gemeinsam dort besprechen kann.

An Herrn Hassemer die Frage: Der strategische Gesamtrahmen des Senats, der uns heute auch vorliegt, wo die gemeinsamen Sitzungen der Landesregierungen und auch dieser gemeinsame Lenkungskreis festgelegt sind in diesen ganzen einzelnen Politikbereichen, ist eine organisierte Gemeinsamkeit oder ein Arbeitsplan, der mit Schritten untersetzt werden soll. Da wollte ich fragen, ob die Stiftung Zukunft das zur Kenntnis genommen hat und welche darüber hinausgehenden Vorschläge es gibt, die da noch nicht eingearbeitet sind, dass man das vielleicht ein bisschen genauer benennen kann, was dort noch stattfinden soll, dass man gerade bei diesem Ressourcenübergreifenden zum Beispiel den Wohnungsmarkt, die Mobilität, diese ganzen einzelnen Bereiche betrachtet und dort die Zusammenarbeit verstärkt. Das fand ich eigentlich sehr eingängig und wollte nur noch einmal nachfragen, welche weitergehenden Vorschläge der Stiftung Zukunft hier adressiert werden. – Danke schön!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Jetzt ist dran der Kollege Förster für die FDP-Fraktion. – Sie haben das Wort!

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, das zeigt der heutige Vormittag, dass die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg vertieft werden muss. Das steht hier außer Frage. Das wollen, glaube ich, auch alle. Es ist nur die Frage, in welchem Format, und da bin ich dann durchaus im positiven Sinne überrascht vom CdS Herrn Gaebler, dass er gerade nicht das alte SPD-Motto: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis, empfohlen hat, sondern auch durchaus der Meinung ist, zu viele Gremien müssen nicht immer hilfreich sein. Ich will mich da ausdrücklich anschließen, denn jedes neue Gremium schafft auch wieder Parallelstrukturen, die dann auch wieder entsprechende Legitimationsfragen stellen. Ich glaube, an Gremien mangelt es uns nicht in der Region Berlin-Brandenburg. Da haben wir schon sehr viele, das will ich ausdrücklich unterstreichen. Ich würde dann schon sagen, wenn man ein neues gründen würde, müssen dafür auch alte wegfallen. Immer nur neue Schleifen drehen ist am Ende nicht zielführend.

Auch wir selbstbewussten Parlamentarier in Berlin und Potsdam sollten auch ein Interesse daran haben, dass wir unsere Arbeit, unsere Entscheidungen, die wir treffen müssen, nicht auf andere Gremien ausladen. Das wollen wir, glaube ich, schon selber wahrnehmen. Dass das an der einen oder anderen Stelle hakt, ist manchmal so. Man kann immer wieder neue Anläufe nehmen. Herr Kollege Zimmermann hat vorhin darauf hingewiesen. Auch wenn es immer mal in den vergangenen Legislaturperioden angelaufen ist und dann wieder etwas ausgelaufen ist, heißt das nicht, dass man nicht einen dritten oder vierten Anlauf nehmen kann. Irgendwann,

ganz fern am Horizont, wird es dann sicher auch mal um die Frage der Länderfusion gehen. Ich glaube, das wird aber eine Diskussion, die uns möglicherweise Jahrzehnte begleitet. Das ist eher die Prognose. Das Zeitfenster ist damals nach der in Brandenburg gescheiterten Abstimmung geschlossen worden.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir ansonsten auch Rechtsfragen zu beachten haben. Darauf hat Herr Gaebler auch schon hingewiesen. Es ist leider nicht so, dass wir gemeinsame Ausschüsse machen und auch gemeinsam entscheiden können in den Parlamenten. Das hat meine Fraktion mal vorgeschlagen. Es wird jetzt wohl eine Fraktionsvorsitzendenarbeitsgruppe des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtags geben, was auch vernünftig ist, dass sie regelmäßig im Austausch sind, und die großen Probleme und Themen auch miteinander besprechen. Das muss dann aber in den Parlamenten separat vertieft und entsprechend dort behandelt werden.

Ich will an der Stelle noch darauf hinweisen: Die Region Berlin-Brandenburg ist keine homogene Region. Wir haben natürlich den Großraum Berlin und den Speckgürtel, die möglicherweise unterschiedliche Interessen haben, was die Ansiedlung von Firmen betrifft, Stichwort Gewerbesteuer. Deswegen wäre es mir auch nicht egal, wo Tesla ist. Solange noch die Frage von Gewerbesteuereinnahmen dranhängt, bin ich immer dafür, dass Berlin entsprechend Einnahmen generiert, wenngleich natürlich – da hat Herr Kollege Otto recht – Grünheide vor den Toren von Berlin liegt und Berlin letzten Endes auch von den Effekten profitieren wird. Das ist gar kein Frage und entsprechend richtig. Ich will aber darauf hinweisen, dass gerade Brandenburg in der Peripherie in der Region andere Interessen hat. Im Süden stellt sich in der Lausitz die Zusammenarbeit mit Sachsen ganz anders dar, gerade auch bei der Frage der Transformation einer Region, die vom Kohleausstieg massiv betroffen ist. Im Norden hat man wieder andere Angelegenheiten, gerade in der Prignitz, Uckermark, was den Tourismus betrifft. Da ist die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern aus Brandenburger Sicht notwendig und sinnvoll. Brandenburg hat nicht nur das Interesse, mit Berlin zusammenzuarbeiten. Dann bräuchten wir drei, vier, fünf Regionalräte. Vielleicht finden wir da andere Formate, die geeigneter sind.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Jetzt ist der Kollege Zimmermann für die SPD-Fraktion dran.

**Frank Zimmermann (SPD):** Vielen Dank! – Im Anschluss an Kollegen Förster kann ich sagen: Selbst wenn das Regionalforum von Herrn Hassemer ein SPD-Arbeitskreis würde, müsste man es trotzdem einzuordnen versuchen in die vielen Ebenen der ohnehin bestehenden Kooperationen. Dann ist eben die Frage, worin tatsächlich am Ende der Mehrwert liegen würde.

Ich will im Anschluss an Herrn Gaebler nur noch einmal festhalten: Wir, Landesregierung und Senat, haben einen Lenkungsausschuss auf Staatssekretärssebene, wir haben Workshops, wir haben die Parlamente. Wir haben festgestellt, dass wir die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken und den Kommunen angrenzend intensivieren können in dem Rahmen, wie er gesteckt ist, dass es da auch noch Synergien geben kann. Wir haben die ressortspezifischen Institutionen zur Regionalplanung, den VBB, im Medienbereich und überall in vielen anderen Bereichen, und wir haben die von Frau Brychcy angesprochenen Nachbarschaftsforen. Das heißt, wir haben inzwischen tatsächlich so viele Formate der Zusammenarbeit auf Regierungs- und auf kommunaler Ebene, dass es schwerfällt, sich daneben ein weiteres wirklich sinnvollerweise vorzustellen. Ich glaube, dass Herr Gaebler recht hat, dass wir dann eher zusätzliche Abstimmungsprobleme schaffen könnten als die Dinge besser zu ordnen. Deswegen sind auch wir relativ skeptisch gegenüber einem neuen Instrument, was dann auch noch zusätzliche Organe hätte, die auch noch in den Gesamtkontext eingepflegt werden müssten. Wir sollten also bei dem Skizzierten zwischen den Landesregierungen mit allen weiteren Aspekten, die heute angesprochen worden sind, bleiben und nicht noch Weiteres hinzufügen. Das sehen wir ähnlich skeptisch.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Jetzt stehe ich auf der Redeliste für Bündnis 90/Die Grünen.

**Andreas Otto (GRÜNE):** Wir haben heute ein paar Themen angerissen. Es gibt Sachen, bei denen ich Herrn Zimmermann zustimmen würde, wo es läuft, wo die Zusammenarbeit läuft und eine gemeinsame Struktur da ist. Die Landesregierungen sind genannt worden. Beim Parlament wollen wir noch ein bisschen mehr tun. Ich habe aber auch im Ohr, dass die Bezirksbürgermeisterin und der Bezirksbürgermeister uns gesagt haben, dass es schwierig ist, gemeinsame Projekte zu realisieren. Alles, was sich außerhalb unserer altpreußischen Strukturen befindet, ist problematisch. Wir sind ein bisschen auf der Suche danach, wie wir Sachen besser machen können. Ich würde es vielleicht einmal so formulieren, dass wir uns dieses Jahr – bis zur Wahl in Berlin gründen wir bestimmt keine neuen Gremien – vornehmen, alle miteinander als Ausschuss, aber auch die Parteien und Fraktionen einzeln, eine Bestandsaufnahme zu machen: Was läuft gut? Was läuft nicht so gut? – Die heutige Anhörung war ein guter Beginn dafür. Das kann man sicherlich noch vertiefen. Dann müssen wir irgendwann zu der Frage kommen, ob die Strukturen ausreichen, verändert werden müssen, oder ob wir andere, zusätzliche, neue brauchen. Ich würde das für unsere Fraktion offen halten. Wir nehmen uns die nächsten Monate dafür Zeit, das zu eruieren, und dann kommen wir zu konkreten Veränderungsvorschlägen in der einen oder anderen Richtung. – Danke schön!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Jetzt, wieder als Vorsitzender, erteile ich Herrn Jupe von der CDU-Fraktion das Wort. Sie haben ja die Besprechung beantragt.

**Claudio Jupe (CDU):** Ich stimme Ihnen im Wesentlichen zu in dem, was Sie eben ausgeführt haben, Herr Vorsitzender! Ich möchte nur noch Folgendes anmerken. Vom Vertreter einer

Landesregierung hätte ich mir gar nichts anderes vorstellen können als die Äußerung, die der Vertreter hier gemacht hat. Denn als Landesregierung sagt man natürlich: Wir haben feste Strukturen. Wir sind die Exekutive. Wir haben genau geregelte Aufgaben etc. Wir haben das Parlament, nach dem wir uns richten müssen. Und dann gibt es noch das und das. – Ich habe Herrn Dr. Hassemer so verstanden – und das korrespondiert mit den Äußerungen der Bezirksbürgermeister, die wir heute gehört haben –, dass es Dinge gibt, die man noch regeln müsste. Das entspricht dem, was Herr Otto eben mit „altpreußisch“ titulierte hat, und ein bisschen mit dem, was die Linken-Vertreterin hier gesagt hat. Sie hatte noch einmal die Nachfrage nach Nachbarschaftsforen gestellt. Dazu müsste Herr Dr. Hassemer vielleicht noch etwas sagen.

Aber ich finde den Gedanken gut, dass man zu einer Organisiertheit, davon sprach Herr Dr. Hassemer, beiträgt. Ob das nun ein solches Gremium und ein solcher Name sein müssen, ist eine andere Frage. Das müsste man im Rahmen eines Überlegungs- und inneren Abstimmungsprozesses zu klären versuchen. Frau Richter-Kotowski hat die Worte „andere Strukturen“ gebraucht. Ob das nun wirklich so ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich nehme es zur Kenntnis. Aber das entspricht ja sowohl der Fragestellung der Linken-Vertreterin als auch dem, was Herr Dr. Hassemer mit diesem Vorschlag meinen könnte, sage ich mal im Konjunktiv. Das wäre es von meiner Seite.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Jupe! – Damit ist die Liste der Redebeiträge aus den Fraktionen erst einmal erschöpft. Wir könnten jetzt zu Ihnen, Herr Dr. Hassemer, zurückgehen. Sie könnten zu dem, was hier gesagt und gefragt wurde, noch einen Kommentar abgeben. Dann kommt der Senat an die Reihe, und dann sind wir mit dem Tagesordnungspunkt auch schon durch. – Bitte schön! Sie haben das Wort, Herr Dr. Hassemer!

**Dr. Volker Hassemer** (Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin) [zugeschaltet]: Ich möchte mit dem strategischen Gesamtrahmen beginnen, weil ich das wirklich für eine außergewöhnlich mutige und zukunftsweisende Initiative der beiden Landesregierungen halte. Wir haben uns diese ja angesehen. Wir als Stiftung Zukunft Berlin haben mit unserem Dialogforum mit Herrn Gaebler und Frau Schneider, denke ich, eine sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit ins Auge gefasst. Das ist wirklich eine Neuerung. Das war in der bisherigen Arbeit zwischen Berlin und Brandenburg nicht gelungen. Herr Gaebler hat recht, dass das Momentum im Augenblick mit ihm und Frau Schneider ein eher günstiges ist. Solche personellen Konstellationen sind irgendwann nicht mehr da, und dann muss man fragen: Was ist die richtige Ordnung? – Ich muss sagen, dass es nicht unser Vorschlag ist, eine neue Organisationsidee zu haben, sondern eine Ordnung für das zu schaffen, was es alles schon gibt. Ich weiß nicht, ob Herr Förster wirklich weiß, was es da schon alles gibt. Es gibt natürlich mehrere Nachbarschaftsforen. Es gibt das Verhältnis des Dialogforums zu den Nachbarschaftsforen. Es gibt den Städtekreis, der auch ein eigenes Selbstbewusstsein innerhalb Brandenburgs hat. Was nützt, ist, dass man die richtige Form der Organisiertheit findet. Durch die Vermehrung und durch die zahlreichen – wie viele schon gesagt hatten – Organisationen ist die beste Organisiertheit nicht im geringsten garantiert. Unser Ansatzpunkt ist, dass bei all den vielen bisher eine Institution, ein Sichzusammensetzen – viel mehr ist das ja nicht – fehlt, all derer, die bisher schon in dezentralen Organisationen unterwegs sind. Sehr viel mehr ist das nicht.

Ich will das am konkreten Beispiel der Kommunalen Nachbarschaftsforen noch einmal sagen; das hat vorhin die Bürgermeisterin auch erwähnt. Dort hört es auf, wenn es darum geht, Entscheidungsbefugnisse der Landesregierungen anzusprechen. Natürlich sind die Landesverwal-

tungen mit vertreten, aber nicht in einer Entscheidungsfunktion. Das bedeutet, wie man mit der Arbeit der Nachbarschaftsforen auch auf der Ebene der Landesregierungen fährt und im gemeinsamen Gespräch umgeht, ist aus unserer Sicht nicht ausreichend geregelt.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen, das immer wieder gelobt wird, und, wie ich finde, mit Recht. Das ist die gemeinsame Landes- und Entwicklungsplanung. Da gab es übrigens – Herr Gaebler, Sie wissen das – schon einmal eine günstige Konstellation zwischen Herrn Platzeck und mir, wenn ich das so sagen darf. Da haben wir gemeinsam eine Landesentwicklungsplanung aufgesetzt, die bis zum heutigen Tage, denke ich, gute Arbeit leistet. Aber auch sie ist ergänzungsbedürftig. Denn wir haben mit ihr eine planerische Blaupause für die Region garantiert. Was fehlt, ist die politische Begleitung dieser Blaupause. Natürlich hat sie politische Relevanz, aber das ist im Sinne einer geordneten Vorgehensweise wirklich nicht geleistet. Im Ergebnis braucht die kommunale Entwicklungsplanung, die gemeinsame Landesplanung, eine politische Begleitung – man kann nicht sagen, das wird da schon gemacht –, die dann – das ist jetzt ein wesentlicher Punkt, wirklich, das muss man vor allem im Berliner Parlament sagen, das ja auf eine Gemeinsamkeit mit Brandenburg orientiert ist –, so schwierig das ist, die kommunale Ebene sehr ernst nimmt. Sie sollten sich erinnern, dass vorhin Frau Richter-Kotowski so einen Satz sagte: Entscheidungen an der Basis treffen. – Natürlich weiß die kommunale Ebene, dass diese Entscheidungen nicht an der Basis zu treffen sind. Oder Herr Benn, der geradezu ein Fachmann für den Verkehrsbereich ist, sagt, es bedarf einer Zusammenschau der Verkehrsplanung.

Ich nehme jetzt nur Stichworte aus dem Gespräch vorhin, um zu sagen, dass es dafür keine geordnete Befassung gibt, wenn Sie so wollen. Ich wiederhole – das hat Herr Otto angedeutet –, dass wir denken, ein solches Jahr ist ein guter Anlass, um zu sagen: Damals ist Großes geleistet worden. Was ist eigentlich unsere Leistung heute? – Wir halten es für angemessen, den Mut zu haben, zu sagen, dass alles schon ganz gut läuft, obwohl wir wissen, dass es nicht ganz so richtig ist, was wir sagen, sondern sich hinzusetzen und sich zu fragen, was sich denn in der heutigen Situation ähnlich optimieren lässt wie vor langer Zeit. Ich finde es zum Beispiel gut, dass sich das Abgeordnetenhaus überhaupt in dieser Sitzung mit dem Thema befasst.

Herr Gaebler hat darauf hingewiesen, dass wir als Initiatoren in der Zusammenarbeit mit den Landesregierungen eine, für mich jedenfalls, erst einmal sehr faire Art haben, mit dieser Idee umzugehen. Denn auch wir wollen ja nicht etwas machen, das man nicht braucht. Das Argument der Landesregierungen, darüber zu reden, was sie brauchen, und anschließend über die Organisation, ist absolut zutreffend. Es ist wichtig, dass man sich mit dem Thema befasst und nicht sagt, da müsse man nichts machen, das will ich am Schluss noch einmal wiederholen.

Die Metropolregionen, die es landauf und landab gibt, sind alle mit Problemen und Schwierigkeiten behaftet. Es sind teilweise Metropolregionen, die sich über drei Länder hinwegziehen. Das ist nicht einfach. Ich würde auch nicht empfehlen, abzukupfern, was meinetwegen Nürnberg, München oder Hamburg gemacht haben. Aber wir sollten uns derselben Frage einmal in Ruhe und sorgfältig stellen. Das ist unser Angebot. Angebot meint auch – ich habe vorhin die Verbände genannt, die das mit uns entwickelt haben –, dass es sich vielleicht auch lohnt, außerhalb der politischen Arena mit Leuten zu sprechen, die teilweise tagtäglich in solchen Planungs- und Organisationsthemen unterwegs sind. Wir haben ziemlich gute Organisa-

tionen hier in der Region. Das Thema ist ernst zu nehmen, wissend, dass es keine von heute auf morgen und bis zum nächsten Wahltermin zu regelnde Angelegenheit ist.

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank, Herr Dr. Hassemer! – Die Tonübertragung war schwierig. Ich weiß nicht, ob wir nachher beim Wortprotokoll Probleme kriegen. Wir probieren das mal aus. Falls es schwierig sein sollte, haben Sie vielleicht etwas Aufgeschriebenes, was Sie uns zuschicken können, Herr Dr. Hassemer. Das würde uns vielleicht ein bisschen weiterhelfen. Ich danke Ihnen aber schon einmal. – Jetzt bekommt Herr Staatssekretär Gaebler abschließend für diesen Punkt noch einmal das Wort.

**Staatssekretär Christian Gaebler (CdS):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, so viel kann ich jetzt gar nicht mehr hinzufügen. Ich hatte ja gesagt, dass wir uns, glaube ich, einig sind, dass wir unsere Verbindungen zwischen den beiden Ländern und die Strukturen, die es gibt, überprüfen müssen, ob sie so funktionieren, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt, und vor allen Dingen – da hat Herr Dr. Hassemer einen wichtigen Punkt angesprochen –, ob sie auch dauerhaft funktionsfähig sind und nicht an einzelnen Personen hängen. Vielen Dank für die freundliche Beschreibung, dass Frau Schneider und ich da eine wichtige Rolle spielen. Das mag sein. Richtig ist aber natürlich, dass wir das auch von uns unabhängig machen müssen. Natürlich hängen Politik, Kontakte und was man voranbringt – das habe ich vorhin gesagt – auch immer mit Personen zusammen. Aber es muss eine Struktur geben, die das dauerhaft – erzwingt will ich nicht sagen – nahelegt, so zu agieren.

Insofern bin ich dankbar, dass die Stiftung Zukunft über das Dialogforum ein ergänzendes Instrument etabliert hat, an dem ich schon mehrmals teilgenommen habe, und wo Frau Schneider und ich jetzt zugesagt haben. Es ist, das will ich hier deutlich sagen, gar kein Gegenüber. Natürlich ist es immer ein Ringen um die besten Ideen und Lösungen. Ich glaube, wir haben festgestellt, dass sich beide Seiten nicht auf irgendetwas in der Zustimmung und Ablehnung versteifen wollen und sollen, sondern dass es wirklich darum geht, gute Strukturen zu finden, die dann auch sachgerecht agieren können.

Wir sollten noch einmal prüfen, ob dieses Kommunale Nachbarschaftsforum, was jetzt auch mit Unterstützung der beiden Länder als Verein gegründet werden soll, oder schon gegründet ist, vielleicht eine stärkere Rolle spielen kann, gerade bei der Frage, wie man Prozesse untersetzt und begleitet. Herr Bezirksbürgermeister Benn hatte die teilweise etwas prekäre Personalsituation angesprochen. Das will ich jetzt nicht vertiefen. Das wird im Hauptausschuss schon öfter diskutiert, was die Bezirke an Defiziten haben und was nicht. Aber vom Grundsatz her wäre es zielführend, zu überlegen, ob man über so einen gemeinsamen Verein bestimmte Ressourcen zur Verfügung stellen kann, um gerade die kommunale Ebene zu unterstützen und die übergeordnete Planung bzw. Koordination zu stärken.

Das Thema politische Begleitung haben Sie zu Recht angesprochen. Es ist richtig, dass bei aller Wertschätzung der gemeinsamen Landesplanung und ihrer abgestimmten Vorgehensweise sicherlich ein Punkt ist, dass das manchmal sehr hinter verschlossenen Türen und in den Fachkreisen stattfindet. Da muss ich aber wieder darauf zurückkommen, dass eine politische Begleitung aus meiner Sicht durch politisch legitimierte Gremien gemacht werden muss, und dass die Landesregierungen und die Parlamente vielleicht noch mehr Wert darauf legen müssen, auch in Abstimmung mit den kommunalen Gebietskörperschaften, das auch entsprechend politisch zu begleiten. Ich glaube nicht, dass ein Expertengremium das besser politisch

begleiten kann. Sie sehen schon, da gibt es gewisse Zielkonflikte, aber von der Zielrichtung her, denke ich, sind wir sehr nah beieinander. Wir werden sicherlich in den nächsten Monaten noch einmal vertieft sehen, was man wo konkret organisieren kann und was dann die beste Struktur ist, ohne alles auf den Kopf zu stellen.

Abschließend noch, Herr Förster, erlaube ich mir zu sagen: Die Arbeitskreismanie ist kein SPD-Monopol, sondern es soll sie in vielen politischen Parteien und Gremien geben. Insofern ist es gut, dass wir uns einig sind, dass wir das nicht unbedingt verschärfen müssen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Andreas Otto:** Vielen Dank! – Wir stehen jetzt vor der Frage, wie wir mit dem Besprechungspunkt umgehen. Ich gucke einmal zur CDU-Fraktion. Sie hatten das ja beantragt. Wollen wir das vertagen und dann nach der Wortprotokollvorlage noch einmal besprechen? – Herr Goiny nickt. Ja, das machen wir so. Wir vertagen ihn einfach. Gut.

Punkt 7 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/2558

**Innovation schlägt Stagnation – Pendeln attraktiver machen**

[0144](#)  
EuroBundMed  
UmVerk(f)  
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung – neu –

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.